



Protokoll

der 3. Sitzung, Amtsjahr 2026 / 2027

Mittwoch, den 11. Februar 2026, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	<i>Zaira Esposito (SP); Lydia Isler-Christ (LDP), David Jenny (FDP), Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP), Patrizia Bernasconi (BastA), Hanna Bay (SP), Laurin Hoppler (SP).</i>

Verhandlungsgegenstände:

23.	Motion 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Mitbestimmung der Baslerinnen und Basler in den Bereichen Stadtentwicklung und Mobilität.....	2
24.	Motion 7 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds	7
25.	Motion 8 Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals	15
26.	Anzug 1 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend kurzfristige Festhaltungen dokumentieren.....	17
27.	Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Senkung der Suizidversuche im Gefängnis Bässlergut	17
28.	Anzug 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Überprüfung einer Neuausrichtung der Informatikmittelschule Basel.....	17
29.	Anzug 4 Claudio Miozzari für eine bikantonale Plattform Talentförderung in der Berufsbildung	18
30.	Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend irreführende Verwendung des Begriffs «Ranger» auf der Dreirosenanlage	19
31.	Anzug 6 Ivo Balmer und Konsorten zum Ausbau der statistischen Grundlagen im Bereich Wohnen	21
32.	Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“, Schreiben des RR	24
33.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen, Schreiben des RR	24
34.	Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen, Stellungnahme des RR.....	25
35.	Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend gesetzliche Verankerung der Betreuung, Schreiben des RR.....	32
35.1.	Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungsbeiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, Schreiben des RR	32
36.	Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen, Bericht des RR	32
37.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen, Schreiben des RR.....	32
38.	Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat, Schreiben des RR.....	35
39.	Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR.....	36



Beginn der 3. Sitzung

Mittwoch, 11. Februar 2026, 09:00 Uhr

23. Motion 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Mitbestimmung der Baslerinnen und Basler in den Bereichen Stadtentwicklung und Mobilität

[11.02.26 09:00:07, 25.5550.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zu unserer heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst keine Mitteilungen zu machen.

Wir fahren fort mit Motion 6 Philip Karger und Konsorten betreffend Mitbestimmung der Baslerinnen und Basler in den Bereichen Stadtentwicklung und Mobilität. Als erste Einzelsprecherin eingetragen hat sich Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Dass uns als SP-Fraktion und auch mir persönlich transparente Mitwirkungsverfahren wichtig sind, haben wir in den vergangenen Jahren bewiesen, als wir uns für die Erarbeitung des Mitwirkungsgesetzes stark gemacht haben. Hier bei dieser Motion ist Mitwirkung als Begriff, aber ein Vorwand und wir lehnen die Motion ab.

Was diese Motion will, ist nämlich nicht Mitwirkung, sondern Blockade. Eine Blockade, die von all jenen Projekten, die öffentlichen Raum so nutzen wollen, dass er möglichst vielen zugutekommt, dass diese nicht umgesetzt werden können. Denn im Vorstoss geht es einzig und allein um Mitwirkung im Zusammenhang mit Parkplätzen. Das kann man wollen, das bedeutet aber auch, dass man demokratische Entscheide, sei es aus dem Grossen Rat oder in Volksabstimmungen, dass man diese Entscheide ausbremsen will. Als Beispiel sei die Vorlage zur Verbesserung der Sicherheit auf Velorouten zu nennen. Die Umsetzung davon würde einfach blockiert und dazu ist § 55 nicht da, Kollege Karger. § 55 soll nicht Volksentscheide aufheben oder zumindest um Jahre verzögern, § 55 soll Spielräume auslotsen, wo die Bevölkerung mitgestalten kann. Beschlossene Umgestaltungen des gemeinsamen Raumes zu verhindern, das ist nicht Sinn und Zweck. So weit, so gut, man kann das selbstverständlich dennoch wollen.

Was mich aber wirklich verwundert und auch irritiert, ist, dass jenen Fraktionen, die diese Motion überweisen wollen, die Grundlagen der darin gemachten Angaben so genügen. Was hier als Begründung drinsteht, stimmt zu einem beträchtlichen Teil einfach nicht. Haben Sie kurz kritisch hinterfragt, was darin behauptet wird? Beginnen wir mit dem Augenfälligsten. Im Vorstoss steht, dass es in Basel einen stetigen Abbau von Parkplätzen gebe. Das ist faktisch falsch. Allein von 2022 bis 2024 haben wir eine Bilanz von plus 1'500 Parkplätzen. Auf 500, wo die Allmend einer anderen Nutzung zugeführt wurde, kamen 2'000 neue auf Privatgrund dazu.

Dann, in der Motion wird der Personenwagenbestand von 1995 mit jenem von 2015 verglichen. Ich wundere mich, wieso sollen dies die sinnvollen Referenzwerte sein? Wir schreiben 2026. Ich vermute, dass hier irgendwie falsche Jahreszahlen reingerutscht sind, das kann passieren, aber wieso haben es die Mitunterzeichnenden nicht hinterfragt? Und sowieso, angenommen, es seien aktuelle Jahreszahlen gemeint, auch dann stimmen die Werte nicht, in der Motion steht nämlich, der Bestand der Personenwagen hätte zugenommen und das ist einfach falsch. Vergleichen wir 2015 mit 2023, das sind die aufgeschlüsselten Zahlen, die vom Statistischen Amt öffentlich zum Download bereitstehen, dann hat der Bestand der Personenwagen in unserem Kanton von 62'400 auf 61'400 abgenommen. Wieso überprüft das keine und keiner von Ihnen, bevor Sie sich entscheiden, so etwas zu überweisen? Bei gleichzeitig wachsender Bevölkerungszahl hat dennoch auch die Anzahl Personenwagen pro Haushalt und pro Einwohner*in abgenommen und deshalb geht die Begründung in diesem Vorstoss nicht auf.

Ich bitte in diesem Sinne all jene Fraktionen, die einer Überweisung zustimmen wollen, vielleicht noch einmal zu überprüfen, auf welcher Faktengrundlage Sie diesen Entscheid gefällt haben, und vielleicht kommen Sie nun doch noch zu einem anderen Schluss. Wir von der SP-Fraktion werden eine Überweisung ablehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Fina Girard.



Fina Girard (GRÜNE/jgb): Eine der Kernforderungen des grünen Wahlprogramms für diese Legislatur trägt den Titel «Partizipative Stadtplanung leben». Wir schreiben da, dass insbesondere bei baulichen Eingriffen im Quartierleben und der Freiraumgestaltung der Einbezug der Bevölkerung unerlässlich ist. Selber arbeite ich in einem Büro für Stadtentwicklung, das sich auf partizipative Prozesse spezialisiert hat. Ich stehe also auch ausserhalb meines politischen Amtes regelmässig in direktem Kontakt mit der Bevölkerung und natürlich gehen auch da, nicht anders wie bei uns hier im Rat, in Sachen Parkplätzen die Emotionen hoch. Als Mitarbeiterin ist klar, dass ich diese Bedürfnisse wahr und ernst nehme und versuche, Lösungen zu finden, ganz egal, ob es um Parkplätze, um Baumpflanzungen oder Verkehrsberuhigung geht. Im Sinne der Partizipation ist das für mich selbstverständlicher Teil meines Berufsbildes.

Nun, bei so viel Freude an der Partizipation müssen wir doch mit wehenden Fahnen die vorliegende Motion unterstützen. Nun, in der Partizipation gibt es ein ganz zentrales Konzept, nämlich das Prinzip der Ergebnisoffenheit. Und genau diesem Prinzip widerspricht diese Motion auf ganzer Länge, wenn sie in Punkt 2 und 3 schon vorwegnimmt, wie denn genau die Bevölkerung zu partizipieren hätte, nämlich indem der Motionär im gleichen Atemzug fordert, dass alternative Parkplätze angeboten werden müssen. Das entspricht weder dem Anliegen einer ergebnisoffenen Partizipation noch dem Volkswillen des Netto-Null-Ziels noch den wiederholt geäusserten Bedürfnissen der Basler Bevölkerung, mehr Raum für Grün und Begegnung auf unseren Strassen zu schaffen und nach dem Votum von Lisa Mathys auch nicht den Zahlen im Kanton.

Wir als Fraktion GRÜNE/jgb sagen sehr gerne Ja zur Partizipation, aber Nein zu einer Scheinpartizipation für die Zementierung der Parkplatzzahl. Wir bestreiten damit die vorliegende Motion und bitten Sie, diese ebenfalls abzulehnen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Meine Vorrednerinnen, insbesondere Lisa Mathys, haben schon sehr gut ausgeführt, was sich alles an diesem Anzug kritisieren lässt, an der grundsätzlichen Herleitung und dann auch an den einzelnen Forderungen, insbesondere was die Partizipation betrifft. Da kann ich mich nur anschliessen, ich glaube nicht, dass wir hier ein Problem mit mangelnden Partizipationsmöglichkeiten hätten, auch wenn es natürlich in diesem Bereich immer Verbesserungsmöglichkeiten gibt, aber warum jetzt gerade bei Parkplätzen, das ist mir schleierhaft.

Konkret will ich nochmal darauf eingehen, was ist die Politik der Regierung und was ist die Haltung der GLP grundsätzlich bezüglich Parkplätze. Denn wir als GLP tragen hier grundsätzlich die Politik der Regierung, die Strategie der Regierung und was hier der Anzug unterstellt, so lese ich das zumindest, ist, dass wir versuchen, Parkplätze abzubauen, weil wir dem Auto nicht wohlgesinnt sind und das vertreiben wollen aus der Stadt. Das ist ein bisschen, was hier mitschwingt, auch wenn es nicht so steht. Philip Karger kann mir dann gerne noch widersprechen, falls ich das falsch verstanden habe, aber das lese ich da raus.

Für die Regierung kann ich nicht sprechen, aber wohl für die GLP und für mich selber vor allem, das ist keinesfalls, was wir wollen, wir wollen nicht das Auto vertreiben. Konkret was wir wollen bei den Parkplätzen, wir wollen wohl, dass Parkplätze auf Allmend abgebaut werden, weil wir der festen Überzeugung sind, dass sich der Platz besser nutzen lässt und dass es eher ein historisches Missverständnis ist, dass man es als Normalfall ansieht, dass man das Auto auf der Allmend parkieren darf. Nein, die Parkplätze sollen, sofern sie denn nötig sind, auf privatem Grund stehen und entsprechend dann auch anständig bewirtschaftet werden. Ich habe gar nichts dagegen, wenn am Schluss dann jemand Geld damit verdient, wenn er einen Parkplatz anbietet. Und wenn sie dennoch auf der Allmend stehen, sollte der Staat damit Geld verdienen, und zwar einen angemessenen Preis verlangen. Im Moment sind wir weit davon weg, dass man einen angemessenen Preis bezahlt, insbesondere für die Anwohnendenparkkarten. Das wollen wir, aber uns geht es sicher nicht darum, das Auto grundsätzlich zu vertreiben. Das Auto hat auch in Zukunft einen Platz, das ist ein grossartiges Instrument für gewisse Zwecke und das soll auch so bleiben.

Dann noch ganz konkret zu der einen Forderung, die noch raffiniert daherkommt, quasi diese Umkehr. Man darf erst Parkplätze aufheben auf der Allmend, wenn es entsprechende Quartierparkings gibt. Ich finde Quartierparkings auch eine gute Sache, wir von der GLP auch, wir finden es schade, dass es offenbar teilweise schwierig ist, sie zu bauen oder dass sie nicht gebaut werden. Wenn man dann aber schaut, warum das der Fall ist, dann hat das einerseits grundsätzlich mit Schwierigkeiten zu tun, etwas zu bauen, aber es hat auch damit zu tun, dass es sich schlicht und einfach nicht lohnt. Und das ist deshalb, weil im Moment einfach immer noch genügend Parkplätze auf der Allmend viel zu günstig zur Verfügung stehen. Aber es macht überhaupt keinen Sinn, da etwas umdrehen zu wollen, die Quartierparkings werden nicht von alleine gebaut, die werden allenfalls dann gebaut, wenn man noch konsequenter und noch schneller die Parkplätze auf der Allmend aufhebt. Ja, das passt, glaube ich, für den Moment.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Beat K. Schaller.



Beat K. Schaller (SVP): Ich habe Freude an dieser Motion, ich habe Freude an den Voten meiner Vorredner, denn sie sind sehr entlarvend. Diese Motion will ja nichts anderes als die Demokratie stärken, das Mitbestimmen der Bevölkerung. Mitbestimmen kann nur in einem freiheitlichen Staat, wer das Recht hat, sich zu äussern und dieses Recht, seine Gedanken, seine Argumente und Gegenargumente einzubringen, die sind der zentrale Inhalt dieser Motion und wer sie ablehnt, lehnt unseren demokratischen Staat ab. Gerade bei aufgeladenen Themen wie Klimapolitik oder hier Verkehrspolitik ist das Mitreden aller Betroffenen nötig und die Fraktionen, die Grünen, GLP, BastA, welche die Motion ablehnen, sollten alles daransetzen, dass sie überwiesen wird, denn damit können Sie Ihre Politik noch stärker demokratisch legitimieren, aber das wollen Sie ja anscheinend nicht. Für sie ist Demokratie gleich Blockade. Sie können sich offensichtlich nicht vorstellen, dass Leute, die mitreden, Sie sogar unterstützen und eben nicht blockieren, das wäre ja auch möglich.

Sie kennen den § 55. Die Quartierbevölkerung wird einbezogen, sofern ihre Belange besonders betroffen sind, was beim Abbau von Parkplätzen der Fall ist. Mobilität bedeutet eben nicht nur, dass sich Fahrzeuge bewegen, sondern dass sie sich halt teilweise auch nicht bewegen und dazu braucht es Abstellflächen und wer das bestreitet, der soll doch bitte so ehrlich und konsequent sein und in Zukunft auch darauf verzichten, mehr Veloparkplätze zu fordern. Es wurde gesagt, es seien 1'500 Parkplätze mehr dazugekommen. Ich frage Sie, wo sind die? Sie müssen mindestens grösstenteils auf privatem Boden sein und ein Parkplatz auf privatem eigenem Boden kann sich nur leisten, wer Geld hat. Sie machen eine Verkehrspolitik für die Reichen. Das finde ich noch spannend, dass das aus dieser Ecke kommt.

Ein Thema dieser Motion sind die Quartierparkings. Sie sind eine sehr gute Lösung und Quartierparkings sind Staatsaufgabe. Der Staat ist für die Organisation des öffentlichen Verkehrsraums verantwortlich, dazu gehören eben auch die Abstellmöglichkeiten. Und im Regierungsbeschluss vom 14. Oktober 2025 schreibt ja selbst der Regierungsrat, er habe ein Konzept zur aktiven Entwicklung von Quartierparkings entwickelt und er erwähnt die Übernahme Horburg-Parkhaus, neues Quartierparking im Bereich der Messehalle 3 und er ortet noch Quartierparkings im Raum Gotthelf, Iselin und im Gundeli. Und er schreibt einen sehr bemerkenswerten Satz: Zukünftig sollen bei allen Arealentwicklungen die Möglichkeiten für Quartierparkings geprüft werden und bei allen Strassen- und Gestaltungsprojekten, etc. Ersatzmöglichkeiten in Quartierparkings gesucht werden. Ja, diese Bekundungen sind schön, sie entsprechen einem Teil der Motion, ich höre sie mit Freude. Die Worte höre ich, allein mir fehlt der Glaube und dieser Glaube wird dann dort sein, wenn diese Quartierparkings dereinst vielleicht eventuell wirklich dastehen.

Es ist endlich an der Zeit, dass der Kanton seine Parkplatzabbau-Organie beendet und in bewohnerorientierte Bahnen lenkt. Die Klimatisten haben mit dem Netto-Null-Ziel 2037 das Volk zu einem Ja verführt und können jetzt unter diesem Deckmantel vermeintlich alles und jedes durchdrücken, nicht nur, aber gerade auch in der Verkehrspolitik. Und die vorliegende Motion ist ein Ausdruck davon, dass diesem Vorgehen ein Riegel geschoben werden und die demokratische Mitbestimmung wieder die Regel und nicht die Ausnahme sein muss. Auch bei der Verkehrspolitik. Deshalb namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie, die Motion zu überweisen und ich danke Ihnen dafür.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste kommt von Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Lieber Beat Schaller, Sie haben so nebenbei gesagt, wer diese Motion ablehnt, lehnt unseren demokratischen Staat ab. Meinen Sie das wirklich ernst?

Beat K. Schaller (SVP): Wenn Sie so fragen, erübrigt sich meine Antwort, da werden wir wohl nie einer Meinung sein. Ja, ich meine das ernst.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Zwischenfrage von Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Ich gehe noch etwas konkreter darauf ein. Sie haben gesagt, wir wollen die Entscheide nicht demokratisch legitimieren lassen. Der Gegenvorschlag für mehr Sicherheit auf den Velorouten wurde von der Bevölkerung mit über 59% Ja-Stimmen angenommen. Bestreiten Sie die demokratische Legitimierung und wollen die Umsetzung wirklich blockieren?

Beat K. Schaller (SVP): Es wurde ja angenommen. Nein, bestreite ich nicht.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Franziska Stier.

Franziska Stier (BastA): Zunächst möchte ich doch mein Befremden über den Beitrag von Herrn Schaller ausdrücken, der einerseits die Mitbestimmung stark macht und andererseits festhält, dass ein Entscheid, der nicht seiner Haltung entspricht, einer Verführung gleicht. Wie viele meiner Vorredner*innen schon festgestellt haben, geht es in dieser Motion nicht um Mitbestimmung und Teilhabe, sondern um den Erhalt von Parkplätzen. Und ja, der Abbau von Parkplätzen greift in bestehende Gewohnheiten ein, das ist richtig. Aber lassen Sie uns ehrlich sein, auch die Existenz von Parkplätzen und überdimensionierten Strassen greift tagtäglich in das Leben sehr, sehr vieler Menschen ein. Nur wird das oft als selbstverständlich hingenommen. Öffentlicher Raum ist knapp und heute ist er eben hochgradig ungerecht verteilt. Ein grosser Teil unserer Strassenfläche dient der kostenlosen oder eben stark subventionierten Abstellung privater Fahrzeuge, Fahrzeuge, die im Schnitt 23 Stunden am Tag stillstehen. Dieser Raum fehlt dann für Kinder, die sicher draussen spielen wollen, für ältere Menschen, die sich auf Bänken ausruhen möchten, für Grünflächen gegen Hitze, für sichere Velowege oder schlicht Orte der Begegnung.

Das ist also keine neutrale Situation, wie die Motion vorgibt, sondern das Ergebnis einer politischen Prioritätensetzung aus dem letzten Jahrtausend zugunsten des Autos und zulasten der Lebensqualität vieler. Diese Motion tut so, als sei jeder Parkplatz sakrosankt und als müsse jede Veränderung zuerst und vor allem an den Bedürfnissen der Autofahrenden gemessen werden. Das lehnen wir von BastA ab. Gerechte Stadtentwicklung bedeutet Umverteilung von Blech zu Mensch, von Stillstand zu Leben. Und natürlich braucht es Ausnahmen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, für Pflege, für Handwerk und Gewerbe, aber das rechtfertigt nicht, den öffentlichen Raum weiterhin primär als Abstellfläche für private Autos zu behandeln. Wir von BastA stehen für eine Stadt, in der öffentlicher Raum ein gemeinsamer Lebensraum ist, gerecht verteilt, klima- und sozialverträglich. Diese Motion geht in die entgegengesetzte Richtung, darum lehnen wir sie ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ja, zuerst korrigiere ich ein paar Sachen. Parkplätze auf der Allmend, ich beziehe mich auf den Ratschlag Quartierparkings vom Regierungsrat, darin wurden 25'900 Parkplätze auf der Allmend erwähnt. 2011 waren es noch 31'000, wir haben also über 5'000 Parkplätze abgebaut. Falls das nicht stimmt, sollte man mich korrigieren.

Dann muss ich auch nochmal daran erinnern, wir haben die Stadtklima-Initiativen klar abgelehnt, das sind genau die, die jetzt diesen Vorstoss getriggert haben, sprich Umwandlung von Strassenraum in Grünflächen. Das als einleitende Anmerkung.

Jetzt gehen wir noch kurz zum Artikel 55. Ja, dieser Artikel 55 wird immer wieder eingesetzt in dieser Stadt. Wenn es um Sachen geht, die einem in das Weltbild reinpassen, dann gibt es partizipative Veranstaltungen, man spricht miteinander, man fragt die Leute. Wenn es um Parkplätze geht oder das böse Auto, nein, dann wird eben das nicht gemacht. Wir haben diese Superblocks, die wurden bestimmt, weil irgendjemand laut geschrien hat im Quartier. Man hat da die partizipative Veranstaltung nur darüber gemacht, wie man die Parkflächen nacher nutzen kann und hat nicht die Bevölkerung da gefragt, ob sie das will. Bei den Begegnungszonen brauchen Sie Zweidrittelmehrheit, damit es eine Begegnungszone gibt und da müssen alle Leute gefragt werden. Hier haben Sie es ausgehebelt.

Und jetzt komme ich noch zum Bachlettenquartier, um das geht es ja eigentlich, warum dieser Vorstoss überhaupt hier vorliegt. Wir können jetzt über die Qualität diskutieren, aber wir können über die Befindlichkeit von Quartierbewohnenden diskutieren. Im Bachlettenquartier, Sie wissen es, da hat es sehr viele schöne Häuser, vielfach Einfamilienhäuser mit Bäumen vor den Häusern, es ist schon sehr grün, und da will man jetzt die Fernwärmeleitung verlegen und radikal die Parkplätze abbauen. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Leute sich bei mir beim ACS gemeldet haben und sich beklagt haben über diese Situation. Es gab zahlreiche Vorstösse, auch von Kollege Jenny, es gab Einsprachen, über 100 Leute, Sie können sich vorstellen, es ist ein relativ kleines Quartier von der Fläche, aber über 100 Leute haben da Einsprache gemacht. Und diese Leute haben sich beklagt, dass sie nicht gefragt wurden. Warum fragt man die Anwohnenden nicht bei einer solchen radikalen Veränderung? Es gibt in diesem Quartier halt einfach keine Tiefgaragen. Und dann hat man an dieser Veranstaltung, an der man mit den Leuten geredet hat, gesagt, man könnte ja dann später vielleicht in das Zolli-Parking gehen. Ja, 15 Minuten, sagen Sie das mal jemandem mit einem Kinderwagen oder ältere Leute, die dann 15 Minuten in das Quartierparking am Erdbeergraben rüber laufen.

Das ist die Realität und darum ist es eben richtig, dass wir über diesen Artikel 55 diskutieren. Ob jetzt das inhaltlich korrekt ist oder ob das super formuliert ist, vielleicht nicht, aber das Problem besteht und das Problem besteht bei der Bevölkerung und wenn Sie die Bevölkerung nicht anhören wollen, dann werden Sie es bald spüren.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat der Motionär Philip Karger. Entschuldigung, Frau Regierungsrätin Esther Keller hat sich noch gemeldet.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Entschuldigung, ich habe nicht realisiert, dass Philip Karger nicht natürlich als normaler Redner eingetragen ist, sondern als Schlussredner, sonst wäre ich schneller gewesen. Bitte entschuldigen Sie mir den Fauxpas und vielen Dank, dass ich noch kurz sprechen darf.

Vielen Dank für die angeregte Debatte. Es ist schön, der Blutdruck am Morgen, es sind alle schon wach. Ich glaube, viele gute Argumente wurden auch schon genannt. Es ist mir einfach wichtig, nochmal zu sagen, mit dieser Motion, und es ist eben keine Bachletten-Motion, Daniel Seiler, es geht nicht um ein bestimmtes Quartier, es geht hier um ein generelles Vorgehen in der ganzen Stadt, und da muss ich Ihnen schon sagen, da laufen wir in eine Blockade.

Es wurde bereits erwähnt, Sie haben der Regierung ambitionierte Ziele gegeben, zum Teil kam es auch von der Stimmbevölkerung. Ich finde den Gegenvorschlag der Velo-Initiative das beste Beispiel. Wir haben dort transparent offengelegt, dass das, ich glaube, 800 oder 900 Parkplätze kosten wird, wenn wir das umsetzen möchten, diese 40 Kilometer Velovorzugsrouten und die anderen Routen, die dort vorgesehen sind, und die Bevölkerung hat Ja gesagt. Und wenn Sie jetzt verlangen, dass wir für jeden Parkplatz, und so müsste man die Motion auslegen, für jeden Parkplatz eine Beteiligung machen müssten, dann rennen wir in eine Blockade.

Sie haben hier drin nämlich auch das sehr ambitionierte Ziel gegeben, die Fernwärme bis 2037 komplett auszurollen und Sie wünschen auch von der Regierung, auch dazu haben Sie uns verpflichtet, dass wir diesen Fernwärmeausbau nutzen. Dass wir nutzen für Begrünung, dafür haben Sie uns Mittel gesprochen, und natürlich, dass wir nutzen, um eben diese Velorouten umzusetzen. Das war der Gegenvorschlag. Ich finde tatsächlich, es hat etwas sehr Widersprüchliches in dieser verbindlichen Form, wie diese Motion daher kommt. Deshalb wirklich ein grosses Anliegen, hier Nein zu sagen.

Es gibt noch eine kleine Ironie der Geschichte, Herr Seiler. Sie haben in einer Motion gefordert, dass wir schneller werden, dass die Planungsverfahren schneller werden, dass wir schneller bauen. Genau solche zusätzlichen Schlaufen in Bereichen, wo wirklich kein grosser Gestaltungsspielraum da ist, würden uns blockieren. Es kommt hinzu, dass man natürlich in einer Demokratie eine Möglichkeit hat, sich auch gegen einen Parkplatzabbau zu wehren oder auch gegen ein Bauprojekt und dies aber über die üblichen Mittel im üblichen Verfahren, also über Einsprachen.

Deshalb bitte ich Sie sehr, hier diese Zusatzschleife nicht in Auftrag zu geben und damit an den vielen Zielen und ambitionierten Vorgaben, die Sie der Regierung gegeben haben, zu rütteln.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Finden Sie es wirklich sinnvoll, in einer Strasse, in der es schon auf beiden Seiten Bäume gibt, zusätzliche Begrünungsmassnahmen zu machen, wie eben im Bachlettenquartier?

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Dafür gibt es konkret zwei Gründe. Auf der einen Seite geht es auch um die Leute, die auf dem Trottoir unterwegs sind, also nicht nur um die Leute, die da wohnen. Und zweitens wird das Stadtklima nicht nur von ganz lokalen, sondern auch von der Gesamtsumme der Bäume in einer Stadt geprägt.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat Philip Karger.

Philip Karger (LDP): Ich finde es sehr interessant, was alles in diese Motion hineininterpretiert wird. Unter den Deckmäntelchen von Schwammstadt, Klimaschutz, usw. baut das Baudepartement fortlaufend Verkehrsflächen ab, zunehmend gegen den klar artikulierten Widerstand der Quartierbevölkerung und in immer skurrileren Formen. Anwohner*innen und Gewerbetreibende und Familien werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Ein echter Einbezug der Betroffenen findet nicht statt, obwohl die Kantonsverfassung Mitsprache ausdrücklich vorsieht. Diese Praxis ist demokratiepolitisch bedenklich und zeugt von einer zunehmenden Entfremdung des Baudepartements von den realen Bedürfnissen der Basler Bevölkerung.

Das BVD plant dabei auf weissem Papier losgelöst von der kleinteiligen, historisch gewachsenen Quartierstruktur Basel-Stadt. Dabei werden die tatsächlichen Bedürfnisse von Anwohnerinnen und Anwohnern, Familien, älteren Menschen und dem lokalen Gewerbe systematisch ausgeblendet. Wer dicht bebaute Quartiere schematisch umgestaltet, ohne die örtlichen



Gegebenheiten zu berücksichtigen, gefährdet die Funktionalität und Lebensqualität ganzer Quartiere. Es ergibt keinen Sinn, genau dort einen Baum auf einer Verkehrsfläche zu planen, wo direkt dahinter im Vorgarten bereits ein Baum steht. So wird dem privat gepflegten Baum das Überleben verunmöglicht. Hätte man die Anwohner*innen von Anfang an einbezogen, wäre dies sofort aufgefallen.

Es gibt durchaus Gegenden in Basel, die eine Begrünung vielleicht sogar anstelle von Verkehrsflächen bitter nötig haben. Das gilt jedoch sicher nicht für so grüne Quartiere wie Iselin, Gotthelf und Bachletten mit ihren grossen grünen Parks, dem Zolli und den vielen begrünten Vorgärten. Wie grau sehen dagegen die Innenstadt oder Teile von Kleinbasel aus, wie traurig ist die Bepflanzung vieler Plätze, die in den letzten Jahren umgebaut wurden. Wo bleiben dort die Versickerungsmöglichkeiten? Kein Wunder steigt die Anzahl von Einsprachen und Petitionen. Ein deutliches Zeichen, dass das Baudepartement an der Bevölkerung vorbeiplant.

Seit vielen Jahren steigen die Immatrikulationszahlen privater Fahrzeuge im Verhältnis zur Bevölkerung, obwohl die Regierung Einschränkungsversuche unternimmt. Das zeigt, dass die Reduktion von Abstell- und Verkehrsflächen für den MIV nicht die gewünschte Wirkung hat. Es braucht neue Ideen, die am besten gemeinsam mit den Anwohnenden in den Quartieren erarbeitet werden. Der Parkplatzabbau ohne Ersatz, etwa durch den vorherigen Bau von Quartierparkings oder durch flexible quartierspezifische Konzepte, ist keine nachhaltige Verkehrspolitik, sondern Ausdruck planerischer Kurzsichtigkeit. Das Baudepartement setzt auf starre Standardlösungen mit immer denselben Argumenten. Diese ziehen bei der Bevölkerung nicht mehr, was das Vertrauen in die Behörden weiterhin untergräbt.

Mit der Annahme dieser Motion fordern Sie die Regierung dazu auf, ihren realitätsfremden Kurs zu beenden. Es geht um eine Klimapolitik, die für Vernunft, Augenmass und Respekt vor der Bevölkerung steht. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn es praxisnah, quartiersensibel und gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt wird, nicht durch Planen am Reissbrett und Regieren am Volk vorbei. Darum bitte ich Sie auch im Namen der Fraktion der LDP, diese Motion an den Regierungsrat zu überweisen. Basel-Stadt braucht eine Verkehrspolitik, die den Menschen dient und nicht einem abstrakten Ideal auf weissem Papier.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Karger, es gibt noch eine Zwischenfrage. Diese wird nicht angenommen. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

35 Ja, 56 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008329, 11.02.26 09:31:52]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 35 Ja-Stimmen gegen 56 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

24. Motion 7 Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend Einführung eines kantonalen Berufsbildungsfonds

[11.02.26 09:32:01, 25.5554.01]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Sandra Bothe-Wenk.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Annina von Falkenstein bitte, weil Frau Bothe, Sie können sich nicht als Fraktionssprecherin einschreiben.

Annina von Falkenstein (LDP): Wir von der LDP setzen uns sehr gerne und auch mit Herzblut für die Berufsbildung ein, aber nicht auf jedem Weg. Deswegen bestreiten wir diese Motion und sprechen uns gegen einen kantonalen Berufsbildungsfonds aus und dies aus vielerlei Gründen.

Einerseits, und das haben wir hier in den letzten Monaten öfters diskutieren dürfen, bedeutet ein Fonds immer eine Zweckbindung von Geldern. In Zeiten, die wirtschaftlich unsicherer sind als auch schon, wo wir auch nicht genau wissen, was das bedeuten wird für KMU, die in der Berufsbildung eine wichtige Rolle einnehmen, wo wir nicht wissen, wie die Abgaben dann diese KMU belasten werden, möchten wir auf diese Zweckbindung der Gelder verzichten. Es käme zu einer weiteren Abgabe von KMU, das habe ich eben schon angeschnitten, was eine weitere Belastung dieser wichtigen Kernkraftwerke unserer Wirtschaft darstellt. Gerade heute Morgen habe ich gehört, zwei Drittel der Arbeitstätigen in der Schweiz arbeiten in KMU, es ist also wirklich nicht zu unterschätzen, welche Rolle die KMU einnehmen. Was mich wundern würde, ist wirklich die Anzahl der Betriebe in Basel-Stadt, die gerne ausbilden würden, dies aber aus finanziellen Gründen nicht können. Es gibt da verschiedene andere Lösungen, einerseits über einen Ausbildungsverbund, wie man das regeln könnte, andererseits auch über Branchenlösungen, die bestehen.

Was mir auch wichtig zu betonen ist, nicht jeder Betrieb eignet sich als Lehrbetrieb. Es gibt Betriebe, die würden sich von der Grösse her eignen, es gibt Betriebe, die würden sich von den Personen her eignen, aber von der Grösse her nicht, aber nicht jeder Betrieb, der von der Grösse in Frage kommt, hat auch die Mitarbeitenden, die als Berufsbildner und Bildnerinnen in Frage kommen. Es gibt also viele Gründe, warum das nicht in Frage kommt. Und diese Betriebe, die eine kritische Selbsteinschätzung vornehmen, die würden bestraft durch diesen Berufsbildungsfonds. Das möchten wir von den Liberaldemokraten nicht. Zudem wurde letztes Jahr eine Umfrage durchgeführt unter den verschiedenen Ausbildungsbetrieben. Die Resultate habe ich bei meiner Recherche nicht gefunden. Das fände ich auch sehr spannend, da Einblicke zu haben, bevor man mit einem Berufsbildungsfonds dann einmal über die ganze Geschichte drüber geht.

Was ich auch spannend fand, waren die Stellungnahmen der Verbände. Der Gewerbeverband, der schreibt, dass nun Rahmenbedingungen geschaffen und langfristige Investitionen getätigt werden sollten. Ja, lieber Gewerbeverband, haben Sie Herrn Regierungsrat Atici mal zugehört? Er hat sich das auf die Fahne geschrieben, er ist dahinter, Berufsbildung ist sein grosses Ziel. Ich glaube, da ist jemand da, der für die Rahmenbedingungen sorgt und auch schaut, dass die Investitionen fließen. Und dann die Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes, man liest und denkt, ah, sie sind dagegen, man liest weiter und denkt, ah ja, sie haben viele Gründe, warum sie dagegen sind, und dann kommt man zum Schluss und dort steht, Motion überweisen. Das fand ich spannend. Geht es da darum, dass die verschiedenen Verbände den Frieden wahren? Das erschliesst sich mir nicht ganz, vielleicht hören wir nachher mehr dazu.

Was ich auch befürchte, ist, dass durch einen Berufsbildungsfonds Gelder, die bereits jetzt in die Berufsbildung fließen, so zum Beispiel die Übernahme einer doppelten üK-Pauschale für die Lehrbetriebe in Basel-Stadt, dass die nachher genau gleich weiterfließen, aber dass das Geld einfach aus dem Fonds kommt. Ändern tut das genau gar nichts, ausser dass das neu statt durch bereits bezahlte Steuergelder finanziert wird durch die KMU, die eben mehr belastet würden als grosse Unternehmen, ausgerichtet wird. Irgendwie stellt es auch die Betriebe, die schon lange mit Herzblut ausbilden, ein bisschen blöd hin, weil die bezahlen das selber, die stehen dahinter, die setzen sich ein und neu würde das dann einfach vom Staat finanziert. Das nimmt auch ein bisschen den Wert weg, den die Berufsbildung jetzt hat, finde ich.

Von dem her möchte ich damit schliessen, dass wir uns zur Berufsbildung bekennen, aber finden, es ist schon sehr viel unterwegs. Wir haben auch jetzt sehr viele Vorstösse noch überwiesen, wir möchten schauen, was dort rauskommt. Wir vertrauen darauf, dass Regierungsrat Atici auf einem guten Kurs ist, um die Situation zu verbessern und bitten Sie, dort mitzumachen und nicht via diese Fondslösung, die hier vorgeschlagen wird.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die Berufsbildung ist eine unserer grössten Stärken und genau deshalb braucht es keinen kantonalen Fonds. Ein zentrales Argument für Fachkräftemangel beim Nachwuchs ist die Nachfrage der Berufe. Beliebte Berufe wie Informatiker*innen, Fachpersonen Gesundheit oder Logistiker finden ihre Lernenden problemlos, ganz ohne zusätzliche staatliche Eingriffe. Gleichzeitig gibt es Berufe, die nur schwer Nachwuchs finden, zum Beispiel Metzgerinnen



und Metzger, Bäcker, Zimmerleute, Landschaftsgärtner oder Köche. Hier liegt das Problem nicht am Geld der auszubildenden Firmen, sondern an der Attraktivität des Berufs, den Arbeitsbedingungen, den Perspektiven und den persönlichen Präferenzen der Jugendlichen. Ein weiterer Grund für den mangelnden Nachwuchs ist die schulische Eignung. Viele Jugendliche erfüllen die notwendigen schulischen Mindestanforderungen für eine erfolgreiche Lehre nicht. Ein Fonds kann diese Defizite nicht beheben. Ausbildungsqualität entsteht durch geeignete Lernende, gezielte Förderung und engagierte Lehrmeister, nicht durch zusätzliche Finanzmittel.

Zum Fonds selber. Ein zentrales Problem für die FDP ist die geforderte Pflicht zur Einzahlung. Auch Betriebe in Branchen ohne Nachwuchsprobleme oder ohne Bedarf an zusätzlicher Förderung müssen in einen kantonalen Fonds einzahlen. Weiter trifft es insbesondere KMU, die ohnehin kaum Lernende finden, und belastet sie mit zusätzlichen Abgaben und Bürokratie, ohne dass sie davon profitieren. Wir sind überzeugt, dass branchenspezifische Fonds deutlich effektiver sind als staatliche oder kantonale Fonds. Die Erfahrung zeigt, Branchen kennen ihre eigenen Herausforderungen am besten. Sie können gezielt, flexibel und praxisnah Massnahmen ergreifen, sei es für Image-Kampagnen, Vorbereitungskurse oder Unterstützung der Ausbildungsbetriebe. Staatliche Fonds hingegen arbeiten zwangsläufig mit pauschalen Lösungen, die den unterschiedlichen Realitäten der einzelnen Berufe nicht gerecht werden.

Wie der Motionär selbst richtig feststellt, bestehen bereits zahlreiche funktionierende Lösungen. 35 nationale und acht kantonale branchenübergreifende Nachwuchsfonds, die die Betriebe meist prozentual zur Lohnsumme einzahlen. Diese Fonds sind freiwillig getragen, effizient organisiert und nah an der Praxis. Ein zusätzlicher kantonaler Fonds würde zu Doppelspurigkeiten, unnötigen Abgaben und weiteren administrativen Aufwand führen, ohne messbaren Mehrwert für die Ausbildungsqualität. Die Realität ist klar, gute und attraktive Berufe finden ihre Lernenden von selbst, unattraktive Berufe werden durch einen Fonds nicht attraktiver.

Die FDP setzt deshalb auf frühe Berufsorientierung, Praxisnähe und Weiterbildungsmöglichkeiten für die jungen Berufsleute, eine qualitativ hochwertige Berufsbildung, auf Verantwortung der Branchen und auf marktnähere Lösungen, nicht auf neue Pflichtabgaben oder mehr Bürokratie. Aus diesen Gründen lehnt die FDP die Motion klar ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Auch die SVP-Fraktion beantragt Ihnen, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Annina von Falkenstein und Silvia Schweizer haben schon sehr viele wichtige Punkte erwähnt und ich bin ehrlich gesagt ein bisschen erstaunt, dass Herr Leonhardt einmal mehr vielleicht hier politisch etwas spezieller tickt wie viele andere bürgerliche Vorrednerinnen. Mir ist es tatsächlich auch ähnlich gegangen wie Frau von Falkenstein, als ich die Stellungnahme der Verbände gelesen habe. Ich habe bei jedem Wort eigentlich das Gefühl gehabt, sie sind dagegen, aber sie schreiben es jetzt nicht. Ich finde das ein bisschen mutlos. Man darf auch einmal dagegen sein, wenn irgendwo das Wort Berufsbildung steht. Nicht nur, weil das Wort Berufsbildung in einem Vorstoss steht, ist es etwas Gutes, genauso wie nicht immer etwas Schlechtes ist, wenn das Wort Parkplatz in einem Vorstoss steht.

Dieser Vorstoss fordert aus unserer Sicht etwas, was weit über das Ziel hinausschiesst. Es ist ja wirklich gar nicht zu bestreiten, dass die Bedeutung der Berufsbildung sehr wichtig ist. Gerade die SVP stellt sich immer klar hinter diesen Weg auch der Förderung und der Stärkung der Berufsbildung. Aber es ist eben genauso auch wichtig, dass wir genau hinschauen, mit welchen Instrumenten wir dieses Ziel verfolgen und wir glauben aber ganz bestimmt nicht, dass dieser sogenannte vorgeschlagene Berufsbildungsfonds hier das richtige Instrument dafür ist. Es ist eine weitere dauerhafte Abgabe für die Wirtschaft. Betriebe müssen zahlen, unabhängig davon, ob sie ausbilden können, wollen oder strukturell in der Lage sind und ich bin, wie gesagt, sehr erstaunt, dass hier ein Vertreter einer eigentlich bürgerlichen Wirtschaftspartei eine solche Pflicht, einen solchen Zwang einführen will. Denn es ist klar, gerade kleine und mittlere Unternehmen werden zusätzlich dadurch belastet, obwohl sie ja bereits heute unter steigenden Kosten und wachsender Regulierung leiden. Und mit dieser Motion wird eben gerade das noch weiter gefördert. Es schafft keine Entlastung, sondern eine neue Pflicht, ohne dann auch noch zu garantieren, dass die betroffenen Unternehmen auch einen messbaren Gegenwert erhalten.

Ich glaube, ein generelles Problem, welches die SVP-Fraktion auch hat, ist diese zunehmende Fonds-Inflation im Kanton Basel-Stadt und ich finde, da müssen wir uns auch als Parlament ein bisschen in Acht nehmen. Wir entziehen mit solchen Fonds letztlich viele Mittel dem ordentlichen Budgetprozess. Die Budgethoheit des Parlamentes wird dadurch ausgehöhlt und Steuerungsentscheide verlagern sich weg vom Parlament hin zur Exekutive oder zu Fonds- oder Kommissionsgremien. Deshalb glaube ich, sind solche zusätzlichen Fonds nur mit sehr grosser Vorsicht zu schaffen, weil wir damit auch als Parlament ein Stück weit die finanzpolitische Übersicht, die Transparenz und ja, auch die demokratische Kontrolle verlieren, wenn wir Macht und Verantwortung zur Regierung oder irgendwelchen anderen Gremien verlagern, die nicht mehr vom Parlament gesteuert werden. Das erschwert letztlich auch die parlamentarische Aufsicht, wenn solche zweckgebundenen Fonds mit wachsendem Volumen geschaffen werden.



Die Doppelspurigkeiten, die Bürokratie, diese bedeutend besseren branchenspezifischen Lösungen, die wurden bereits von meinen Vorrednerinnen angesprochen. Es ist vielleicht noch interessant, in den Kanton Luzern zu schauen, dort gab es auch die Idee eines solchen Berufsbildungsfonds. Und hier einfach vielleicht exemplarisch für einen Verband, der wahrscheinlich sehr in der Berufsbildung verankert ist, nämlich der Verband der Schweizerischen Schreinermeister und Möbelfabrikanten, die haben einen solchen kantonalen Fonds in Luzern klar abgelehnt, weil sie eben einerseits auch auf diesen zusätzlichen administrativen Aufwand hingewiesen haben, aber auch erwähnt haben, dass damit die bewährte Verbundpartnerschaft letztlich geschwächt wird, wenn man hier so grosse Fondstöpfe schaffen tut.

Das ist aus unserer Sicht eine praxisnahe, fundierte und auch hochrelevante Kritik aus der Praxis hinaus und wir glauben deshalb, dass dieser Berufsbildungsfonds nicht zu einer Stärkung der Berufsbildung beiträgt. Er schafft eine neue obligatorische Abgabe, diese Motion, die Motion fördert die Fonds-Inflation im Kanton Basel-Stadt, schwächt unsere Budgethoheit, verlagert Steuerung und Kontrolle zur Regierung, sie erhöht Bürokratie und Doppelspurigkeiten und sie setzt Fehlanreize und gefährdet unsere bewährten Strukturen. Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diese Motion nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Die Berufsbildung ist das Rückgrat unserer Wirtschaft, das wurde bereits ausgeführt, und sie funktioniert nur, weil täglich Betriebe Verantwortung übernehmen, gerade auch kleine Betriebe. Sie bilden aus, begleiten, erklären, korrigieren und investieren Zeit, Geld und auch Nerven in junge Menschen, also ganz direkt in unsere Zukunft. Wenn wir heute über einen Berufsbildungsfonds sprechen, dann sprechen wir nicht einfach über eine Finanzierungsfrage. Wir sprechen über Verantwortung und wir sprechen über Fairness.

Ich denke, wir alle können dem Motionär darin zustimmen, die Last der Berufsbildung ist aktuell ungleich verteilt. Einige Betriebe tragen sie mit sehr grossem Engagement, andere profitieren davon, ohne selbst auszubilden. Dafür gibt es viele gute Gründe, was bereits von Annina von Falkenstein ausgeführt wurde. Und am Ende ist es oft die fehlende Zeit, die wiederum Geld bedeutet, wenn Ausbildungsqualität gesichert werden soll. Daraus entsteht eine Schieflage und Schieflagen sollte die Politik zumindest anschauen. Deshalb stimmen die Grünliberalen der Erstüberweisung zu, auch wenn kritisch, aber um diese Fragen zu klären. Uns ist natürlich bewusst, ein Berufsbildungsfonds ist kein klassisch liberales Instrument. Es bedeutet zusätzliche Abgaben, die wir sorgfältig prüfen müssen, insbesondere für KMU, die gut bezahlte Fachkräfte beschäftigen wollen und gleichzeitig im harten wirtschaftlichen Wettbewerb stehen.

Die Idee eines kantonalen Berufsbildungsfonds ist auch nicht neu. Schon 2006 lag ein Vorstoss vor und wurde damals abgelehnt. Die Gründe waren nachvollziehbar, stabile Lehrstellenzahlen, wenig Fachkräftemangel und kaum Erfahrung mit solchen Fonds. Heute, 20 Jahre später, ist die Situation eine andere. Wir haben einen Fachkräftemangel, die Zahl der Lehrbetriebe sinkt und wir tun gut daran, das Gewerbe gezielt zu fördern, auch mit Blick auf den digitalen Wandel, der die Anforderungen grundsätzlich an Berufe zusätzlich und nachhaltig verändert. Zudem verfügen wir heute über fundierte Erfahrungen aus anderen Kantonen. Zürich, Solothurn, Waadt oder Neuenburg zeigen, dass ein schlank ausgestalteter Berufsbildungsfonds funktionieren kann. Nicht als Bürokratiemonster, da bin ich absolut einig, sondern systemisch als gezieltes Instrument zur Entlastung von Ausbildungsbetrieben, weil relevante Daten wie Lehrverträge und Lohnsummen schon vorhanden sind. Hingegen sollte von der Regierung beantwortet werden, was mit dem Fonds passiert, wenn er ausreichend gefüllt ist. Was wir aber wirklich nicht vergessen sollten, viele KMU in Basel-Stadt haben heute keine Branchenlösung. Für sie gäbe es keine Doppelbelastung und dort, wo Branchenlösungen bestehen, zeigen andere Kantone, dass Anrechnungen möglich sind und dass Berufsbildung im Zusammenspiel mit der Wirtschaft gut funktioniert.

Für die GLP ist deshalb entscheidend, wie diese Motion umgesetzt würde, die offen formuliert ist. Genau deshalb sind wir auf den Bericht der Regierung gespannt. Die Erstüberweisung ist noch kein Ja zum Fonds, sondern ein Ja zu einer fundierten Entscheidungsgrundlage. Wir wollen wissen, ob dieses Instrument für Basel-Stadt taugt oder eben nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Ich kann es kurz machen, wir von BastA unterstützen dieses Anliegen und bitten Sie, die vorliegende Motion zu überweisen. Ich musste ein wenig schmunzeln, meine Vorrednerin hat es erwähnt. Ich habe mich gerade 20 Jahre jünger gefühlt, als Franz-Xaver Leonhardt zu mir kam und um eine Unterschrift bat für diese Motion. Ich habe mich nämlich an die Lehrstellen-Initiative erinnert und an einen Anzug meines damaligen Fraktionskollegen Rolf Hering, den ich auch unterzeichnet hatte. Das war in den Jahren 2005/2006. Beide diese Anliegen forderten die Schaffung eines Lehrstellenfonds. Damals war es noch explizit, dass der Fonds gespiesen wurde aus Abgaben der Firmen, die keine Lehrlinge ausbilden.



Wir können auch noch weiter zurückblicken. 1998 lancierten die Gewerkschaften eine eidgenössische Volksinitiative für ein ausreichendes Lehrstellenangebot, also das war auch die Lehrstellen-Initiative, die forderte unter anderem ebenfalls einen staatlichen Lehrstellenfonds. Diese Initiative wurde aber 2003 deutlich abgelehnt. Die kantonale Lehrstellen-Initiative, die wurde 2010 zurückgezogen, weil einige der Forderungen vom Regierungsrat erfüllt wurden. So haben wir zum Beispiel den jährlichen Lehrstellenbericht dieser Initiative zu verdanken. Das ist ja wirklich löblich.

Wir finden eben die Fonds-Idee weiterhin gut und ich denke, es ist kein rein linkes Anliegen, wie das hier so gesagt wurde, es ist doch richtig und wichtig, dass wir die Berufsbildung fördern und es wurde auch so die Zweckbindung von Geldern als des Teufels dargestellt. Also wir finden diese Zweckbindung von Geldern einiges sinnvoller als, ich weiss nicht, ob ich diesen Fonds jetzt nochmal nennen muss, Sie wissen, welchen ich meine, es gibt einen Fonds, den wir sehr weniger sinnvoll finden. Wir freuen uns jedenfalls, dass unsere alten Ideen wieder aufgegriffen werden, nun von einer ganz anderen Seite. Vielleicht können wir ja hier mal sagen, was lange währt, wird endlich gut oder wenn eine gute Idee nach langer Zeit wieder mal kopiert wird, dann wird sie endlich Realität. Also ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Ja, es wurde schon gesagt, die Berufsbildung ist eine tragende Säule des Wirtschaftsstandortes Basel-Stadt und nicht nur für Basel, auch die Schweiz. Ich kann das aus eigener Erfahrung bestätigen. Zum einen als langjähriger leitender Prüfungsexperte sowie meine Schreinerei als KMU, der pro Jahr ein Lehrling durch die Prüfung führt und fertig ausbildet, und das seit über 20 Jahren. Aber die Idee eines kantonalen Berufsbildungsfonds kann ich in dieser Form nicht unterstützen.

Die Motion mag ja auf den ersten Blick Gutes versprechen, aber es gibt viele Gründe, die dagegen aufgezählt werden können. Einige haben Sie schon gehört. Zum einen hört noch ergänzend die Berufsbildungsregion ja nicht an der Kantonsgrenze auf, zum anderen haben viele Berufsverbände die Lösung oder die Kosten mehrheitlich im Griff und die machen das dann eben für die ganze Schweiz. Dort sollte man sich auch einsetzen, wenn man hier mehr erreichen will.

Die Ausbildungskosten sind auch in den Branchen unterschiedlich, was ein gerechtes Verteilen der Gelder erschwert. Ob dann der Fonds tatsächlich eine Entlastung bringt, ist für mich fraglich. Das Risiko von Mehrkosten, wie auch schon erwähnt, für die Betriebe ist hoch und das darf ja sicher zuletzt passieren. Gerade hier ist der Verwaltungsaufwand nicht zu unterschätzen. Ein gerechtes Verteilen stelle ich in Frage und halte es sogar für unmöglich. Wie schwierig das Verteilen von Geldern ist, die zweckgebunden sind, zeigt sich auch im Moment beim Mehrwertabgabefonds. Da wird seit Wochen, ja, ich weiss nicht, Monaten darum diskutiert, ein Ändern des Verwendungszwecks ist schwierig und kann zu Fehlanwendungen der Gelder führen. Die Betriebe sind grundsätzlich sicher offen für eine Unterstützung, wenn sie ausbilden und nehmen einen finanziellen Zustupf in irgendeiner Form sicher gerne entgegen, vielleicht ein Pro-Kopf-Zuschuss oder eine andere pragmatische Lösung.

Dann, es wurde auch schon erwähnt von meiner Parteikollegin, noch ein Gedanke zu den Fonds. Wenn Sie die eingenommenen Finanzmittel alle in vorbestimmte Kässeli stecken, bleibt Ihnen am Ende nichts mehr übrig. Das System funktioniert wirklich nur bis zu einem gewissen Punkt. Es ist etwa so, wie wenn Sie zu Hause alles in Unmengen von Sparschweinen stecken würden und am Ende kein Geld mehr für den Einkauf von Esswaren haben. Sie leiden bei vollen Kässeli an Hunger. Und am Schluss ein Fonds aufzulösen ist schwierig, darum muss man ein Erstellen wirklich gut überdenken. Danke, wenn Sie die Motion nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Auch die Fraktion GRÜNE/jgb sagt Ja zu dieser Motion. Ich will jetzt hier nicht alles wiederholen, was gesagt wurde, aber wir sind uns, glaube ich, hier im Saal einig, dass die Berufsbildung eine sehr wichtige Sache ist, die wir möglichst auf vielen verschiedenen Schienen versuchen müssen zu unterstützen. Was die Motion hier fordert, das sind schon Instrumente, die an anderen Orten, beim Bund, bei anderen Kantonen, bei Städten bereits erfolgreich eingeführt wurden und auch sich da bewährt haben. Von dem her kaufen wir hier nicht die Katze im Sack, sondern wir würden da etwas einführen, das wir schon an anderen Orten erfolgreich eingeführt haben.

Die Frage, ob Fonds sinnvoll sind oder nicht, die wurde jetzt auch schon verschiedentlich diskutiert. Ich finde es auch spannend, Heidi Mück hat schon darauf hingewiesen, ich nenne jetzt den Fonds, es geht um das Standortförderungsgesetz, da ist es dann okay, wenn wir die Gelder zweckbinden und das sind dann wirklich Gelder, also da reden wir dann wirklich im Millionenbereich, aber wenn die Firmen dann einen Fonds äpfen sollen, also mit öffentlichen Geldern, da ist es dann okay, aber wenn Firmen einen Fonds äpfen sollen, dann wird es plötzlich problematisch. Okay, ich lasse es hier jetzt so stehen.



Sandra Bothe-Wenk hat ja auch schon darauf hingewiesen, die Motion ist relativ offen formuliert. Es ist mal ein Auftrag an den Regierungsrat, Bericht zu erstatten, wie er sich denn das vorstellen könnte. Ich habe es schon erwähnt, da gibt es auch Beispiele in anderen Kantonen, man kann sich an diesen Fonds orientieren, die erfolgreich waren, wo man schon weiss, dass es gut funktioniert hat, da bin ich dann gespannt, wenn wir jetzt die Erstüberweisung machen, wie dann der Regierungsrat sich das vorstellen könnte.

Ich denke, schlussendlich ist es eine gerechte Sache. Es werden Betriebe, die Lehrlinge ausbilden oder Lehrpersonen ausbilden, die werden unterstützt. Es ist auch eine Wertschätzung diesen Betrieben gegenüber, es kommt ja auch von einem Ratsmitglied, der da Erfahrung hat, von dem her sind wir sehr überzeugt in unserer Fraktion, dass wir das überweisen wollen und dass das eingeführt werden soll. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste ist von Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Annahme. Es nimmt mich jetzt ein bisschen Wunder, also für die Berufsbildung wäre der Fonds ein gerechter Mechano, für die Standortförderung ist er aber ungerecht?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Ja, gerecht und ungerecht ist eine grosse Frage. Ich habe nur darauf Bezug genommen auf die Zweckbindung und Zweckbindung finde ich persönlich immer sinnvoll, ja.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Zwischenfrage von Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich habe eine Stellvertreterfrage. Sie kritisieren jetzt seit Monaten immer dieses Standortfördergesetz, welches mit 63% von der Bevölkerung angenommen wurde. Ist es nicht die Aufgabe auch Ihrer Fraktion, diesen Volksentscheid auch mal zu akzeptieren?

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Er ist akzeptiert, aber ich darf doch auch meine Meinung äussern.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich mache es kurz, ich beantrage Ihnen im Namen der SP-Fraktion auch, diese Motion zu überweisen. Ich habe dieser Debatte jetzt extra von A bis Z zugehört und ich kann nicht ganz verstehen, welches Schreckensgespenst hier von der bürgerlichen Ratsseite an die Wand gemalt wird. Wie gesagt, es funktioniert in acht Kantonen, es funktioniert auch auf nationaler Ebene, es funktioniert unter anderem auch im Kanton Zürich, der jetzt nicht als strukturell links bekannt ist, wo dieser Fonds auch mit über 60% in einer Volksabstimmung angenommen wurde. Es geht in Zürich um etwa, glaube ich, 21 Mio. Franken, die verteilt werden in diesen Berufsbildungsfonds. Wir haben einen anderen Fonds mit etwa dem zehnfachen bis zwölffachen vom Volumen relativ klar angenommen in diesem Saal und dann nachher auch in der Bevölkerung. Und der Unterschied ist ja auch, die Öffnung funktioniert über die Unternehmen und wenn Sie mir jetzt sagen, dass das quasi neu die Unternehmen so fest blockiert, so fest belastet, dass sie nicht mehr wirtschaften können in diesem Kanton, dann muss ich Ihnen einfach sagen, ist das ein Schreckensgespenst im Kontext dieses Berufsbildungsfonds, den Sie jetzt an den Haaren herbeiziehen. Das ist auch okay, Sie haben sicher sehr grundsätzliche Argumente, warum Sie das so nicht wollen, aber es wird aus meiner Sicht überhaupt nicht dem Geschäft, dem realen Anliegen in dieser Motion gerecht. Ich bitte Sie darum im Namen der SP-Fraktion, die Motion zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird angenommen.

David Jenny (FDP): Können Sie mir denn Nachweisen nennen, dass die Kantone mit Fonds eine höhere Lehrstellenquote haben als die Kantone ohne Fonds?



Beda Baumgartner (SP): Ich bin ein ehrlicher Mensch und sage Ihnen darum, dass ich Ihnen den Nachweis in dieser Minute nicht nennen kann. Falls ich ihn finde, liefere ich ihn sehr gerne nach.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt noch eine zweite Zwischenfrage von Annina von Falkenstein. Auch diese wird angenommen.

Annina von Falkenstein (LDP): Danke für die Annahme, Beda Baumgartner. Stimmen Sie zu, dass das eine weitere Massnahme wäre neben anderen, die wir im letzten Jahr verabschiedet haben, die entweder durch zeitliche oder finanzielle Mittel die Betriebe belastet?

Beda Baumgartner (SP): Nein, auf keinen Fall und aus dem viel besagten Standortförderungsfonds können ja auch KMU Leistungen beziehen. Wir haben, glaube ich, im letzten Jahr bis zu einer halben Milliarde zur Verfügung gestellt, die direkt Unternehmen zugutekommen von Steuergeldern. Ich glaube, wir haben jetzt nicht die grosse Belastungskeule geschwungen im letzten Jahr in diesem Rat.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Motionär ist abwesend. Das Schlusswort hat Bruno Lötscher-Steiger.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Sie haben es bereits gehört, Franz-Xaver Leonhardt ist abwesend und ich darf an seiner Stelle seine Rede hier halten. Ausnahmsweise werde ich also ablesen und nicht freisprechen. Nur so weit voraus, ich kann mich eigentlich sehr der Verwunderung von Beda Baumgart anschliessen und begreife nicht ganz, weshalb meine Kolleginnen und Kollegen, die aus der bürgerlichen Seite vorher gesprochen haben, so viel Angst haben vor diesem Fonds, der nun tatsächlich einmal etwas ganz Wertvolles und Sinnvolles sein könnte, wenn wir mal anschauen und genau hinschauen, was damit gewollt und gemeint ist. Es ist nichts Umwerfendes und das haben auch die Verbände gesehen, das hat der Gewerbeverband gesehen, das hat der Arbeitgeberverband gesehen. Es kann also nicht a priori ganz falsch sein, wenn man in diese Richtung mal denkt und die Erstüberweisung hilft uns möglicherweise dabei klüger zu werden, weshalb ich auf jeden Fall beantragen würde, dass wir diese Erstüberweisung machen und mal schauen, was der Regierungsrat dazu sagt. Ich könnte jetzt eigentlich auch schon aufhören, aber ich habe Franz-Xaver Leonhardt gesagt, ich lese seine Rede und ich gebe mir Mühe, das so schnell wie möglich zu machen. Ich musste sie schon gestern Abend noch um zwei Drittel kürzen, ich befürchte, es reicht mir schon so nicht. Also ich mache ganz schnell und bitte Sie, gut zuzuhören.

Die duale Berufsbildung ist das Herzstück unserer Wirtschaft. Er ist KMU-Mensch und deshalb ist ihm das ein Anliegen. Sie ist das Fundament, auf dem wir die soziale Sicherheit und die Innovationskraft unseres Kantons aufbauen, aber es besteht die Gefahr, dass dieses Fundament Risse bekommt. Warum komme ich, also Franz-Xaver Leonhardt, zu dieser Aussage? Sehr einfach, die Last der Ausbildung ist im Kanton Basel heute massiv ungleich verteilt. Wir haben auf der einen Seite die engagierten KMU, die Lernende ausbilden, sie übernehmen Verantwortung für die nächste Generation. Auf der anderen Seite gibt es Betriebe, die keine Lehrstellen anbieten, einige können nicht, vielleicht, weil sie zu klein sind, andere wollen nicht.

Diese Schieflage ist stossend. Während nur die Ausbildungsbetriebe die Kosten und den Aufwand tragen, profitiert die gesamte Wirtschaft vom Resultat. Wenn wir hier nicht handeln, riskieren wir, dass Unternehmen anfangen, ihr Engagement in der Berufsbildung zu überdenken. Denn es ist ein Fakt, der Einsatz in der Ausbildung ist hoch, der administrative Aufwand ist nicht zu unterschätzen und die Kosten fallen ins Gewicht.

Die vorliegende Motion bietet eine pragmatische, liberale Lösung. Dieser kantonale Berufsbildungsfonds hat fünf Eckpunkte, die es zu überlegen gibt.

1. Solidarität durch Beitragspflicht. Alle Betriebe im Kanton leisten einen jährlichen Beitrag, der sich an der AHV-pflichtigen Lohnsumme orientiert. Das ist fair.
2. Direkte Entlastung der Ausbilder. Das ist der entscheidende Punkt. Lehrbetriebe erhalten automatisch eine Rückvergütung pro Lehrvertrag. Das bedeutet, wer Verantwortung übernimmt und ausbildet, wird finanziell direkt entlastet. Und das ist nicht beschämend, Annina von Falkenstein, und entmutigt auch nicht, sondern ermutigt die Betriebe, hier weiterzumachen.
3. Strenge Zweckbindung. Die Mittel verschwinden nicht in einen allgemeinen Topf, sie fliessen zweckgebunden in die Förderung der Berufsbildung.



4. Schlanke paritätische Verwaltung. Es soll kein neues Amt entstehen, der Fonds soll schlank und transparent geführt werden. Eine paritätische Kommission aus Sozialpartnern sowie Vertreterinnen und Vertreter der Berufsbildung entscheidet über die Mittelverwendung.

5. Es gibt keine Doppelspurigkeiten. Wir berücksichtigen die bestehenden nationalen Branchenfonds. Doppelzahlungen sind im Entwurf explizit auszuschliessen und der kantonale Fonds wirkt ergänzend dort, wo Lücken bestehen.

In der Schweiz sind bereits heute rund 140'000 Unternehmen einem allgemein verbindlich erklärten Berufsbildungsfonds unterstellt. Das sind fast ein Viertel aller Betriebe. Diese Fonds erfassen bis zu 700'000 Mitarbeitende. Wir reden hier also über ein bewährtes Massenmodell und kantonale Berufsbildungsfonds gibt es bereits in acht Kantonen. Sie schaffen eine stabile finanzielle Basis aus der Wirtschaft, für die Wirtschaft, mit der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten in den letzten Monaten im Parlament immer wieder Forderungen zur Förderung der Berufsbildung. Für jedes Anliegen sollte separat Geld gesprochen werden. Ist das wirklich effizienter? Manche werden sagen, ah, schon wieder eine Abgabe und das haben wir ja gehört. Ich sage aber, wir reden bei der Berufsbildung von einer Investition, nicht von einer Abgabe. Wenn wir wollen, dass Basel-Stadt ein lebendiger, wettbewerbsfähiger Kanton bleibt, müssen wir diejenigen KMU unterstützen, die heute den Fachkräftenachwuchs von morgen sichern. Das ist sachlich richtig, wirtschaftlich vernünftig und gesellschaftspolitisch notwendig. Berufsbildungsfonds übernehmen eine wichtige Funktion bei der Qualitätssicherung und bei der fairen Lastenverteilung innerhalb einer Branche. Sie sind etabliert, darum sollten wir auch in Basel darauf setzen.

Ich bitte Sie im Namen der Fairness und der Standortsicherung und im Namen des Motionärs, stimmen Sie Ja zur Erstüberweisung dieser Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Lötscher, es gibt zwei Zwischenfragen. Die erste ist von David Jenny. Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Bekanntlich bilden nicht alle Advokaturbüros Volontärinnen und Volontäre aus. Müsste nicht sofort eine Motion eingereicht werden, um auch für diese Branche einen Fonds zu schaffen?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Antwort müssten Sie selber geben, denn Sie sind Partner in einem Advokaturbüro.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Danke für die Annahme. Auch wenn Sie ja nicht der Motionär sind, umso grösser das Danke. Gehen Sie mit mir einig, dass diese Betriebe, die aus objektiven Gründen zum Schluss kommen, nicht auszubilden, hier im Solidaritätsdeckmantel finanziell bestraft werden?

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Es ist keine Strafe, aber Solidarität ist eigentlich etwas, das wir auch sonst kennen können.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008331, 11.02.26 10:10:25]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 62 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung überwiesen.

25. Motion 8 Jo Vergeat und Konsorten betreffend Anpassung der Verordnung zum Swisslos-Fonds Basel-Stadt zur mehrjährigen Unterstützung etablierter Festivals

[11.02.26 10:10:33, 25.5581.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Sie wird bestritten von Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Sie haben es gesehen, die LDP-Fraktion ist die einzige Fraktion mit einem Minus im «Chrüzlistich». Das hat jedoch nichts damit zu tun, dass wir gegen Festivals wären, im Gegenteil. Wir erkennen ihre grosse Bedeutung für das Basler Kulturleben, für die Ausstrahlung unserer Stadt und als Plattform für lokale Kulturschaffende an. Gerade weil uns diese Vielfalt wichtig ist, lehnen wir eine vorschnelle Anpassung der Verordnung des Swisslos-Fonds ab. Wir können die Ungeduld der Festivalorganisatoren nachvollziehen, doch wir sind der Überzeugung, dass vor einer Anpassung der Förderinstrumente zuerst ein gemeinsam erarbeitetes, spartenübergreifendes Festivalkonzept mit transparenten und nachvollziehbaren Kriterien vorliegen muss. Das sollte es ja auch demnächst. Genau dieser Prozess soll nicht durch eine vorweggenommene Anpassung der Swisslos-Verordnung präjudiziert werden.

Der Swisslos-Fonds Basel-Stadt hat sich über Jahre hinweg als verlässlicher Partner erwiesen. Viele Festivals werden seit über zehn Jahren kontinuierlich unterstützt, langjährige Engagements werden nicht abrupt beendet, sondern stets in einem transparenten und partnerschaftlichen Prozess überprüft. Bislang wurden Festivals nicht aufgrund einer veränderten Förderpraxis eingestellt, sondern durch Entscheide der veranstaltenden Organisationen selbst. Nicht zuletzt sehen wir mit Sorge, dass der Swisslos-Fonds zunehmend Aufgaben übernimmt, ohne dass, anders als beim Sport, für die Kultur ein fixer Anteil festgelegt ist. Dadurch besteht die Gefahr, dass die ursprünglich klar definierten Förderkriterien schleichend verwässert werden. Gerade deshalb sind wir der Meinung, dass zuerst strategische Klarheit und eine saubere kulturpolitische Verordnung des Festivals nötig ist und keine weitere Ausdehnung der Verordnung.

Zusammengefasst, wir sagen Nein zur Anpassung der Verordnung zum jetzigen Zeitpunkt, nicht weil wir Festivals ablehnen. Wir vertreten die Haltung, erst das Konzept, dann die Kriterien und erst danach, falls nötig, die Anpassung der Verordnung. Wir bitten Sie deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin gerade von einem Bummel durch die Stadt reingekommen, ich wollte eigentlich gar nicht reden. Das ist Zufall, Swisslos-Fonds. Aber ich möchte einfach mal sagen, ich bekomme ganz viele Beschwerden von Leuten aus Basel, die mir schreiben und sagen, wir finden, der Swisslos-Fonds verteilt nicht gerecht und ich weiss als Grossrat seit vielen Jahren, dass wegen dem Swisslos-Fonds eine grosse Unzufriedenheit herrscht. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, aber in diesen Beschwerden, Swisslos-Fonds, die ich bekomme, heisst es, der eine kriegt, der andere kriegt nicht. Ich fühle mich natürlich geehrt als Grossrat und Mensch, wenn sich dann berühmte Fasnächtler bei mir melden und sagen, Eric, du musst etwas wegen dem Swisslos-Fonds machen. Ich kann nicht alles recherchieren, ich bin zu klein, aber ich spüre und ich merke, dass man bei dieser Sache tiefer gehen muss. Ich konnte mich mit dem nicht beschäftigen, weil es einfach zu viel ist, aber ich glaube, der Regierungsrat hat da auch Einfluss. Ist das richtig, Frau Präsidentin, dass der Regierungsrat Swisslos-Fonds bestimmt?



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es ist jetzt nicht an mir, hier zu antworten. Halten Sie Ihr Votum.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich komme zum Schlusssatz. Dann höre ich einfach immer wieder, der, der befreundet ist mit dem, der kriegt und der andere nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat die Motionärin Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich würde mir wünschen, dieses Festivalkonzept käme endlich. Seit ich Grossrätin bin, das ist mittlerweile über sechs Jahre, kommt es nicht und wir fordern es schon sehr lange, weil es, und ich bin da mit der LDP einig, extrem wichtig ist, dass wir endlich einmal über ein Konzept sprechen, über Kriterien sprechen, darüber reden und darüber reden können auf einer Basis, was wir eigentlich mit diesen Festivals in dieser Stadt wollen oder nicht. Jetzt hiess es wieder, das kommt dann das nächste Mal, das kommt dann bald. Ich habe seit dem neuen Kulturleitbild, das den Fokus vor allem auf die ganz grossen und internationalen Festivals legt, ein bisschen das Vertrauen verloren und glaube, wenn das dann kommt und wir diese Motion erstüberweisen, dann kann man das wunderbar verbinden.

Seit Covid habe ich sehr viele und sehr intensive Gespräche geführt mit den unterschiedlichsten Festivals und ich kann sagen, die Finanzierungslandschaft hat sich extrem verändert. Wir haben ganz neue Ausgangslagen und es ist von der Sponsoring-Ebene über die Stiftungsebene so, dass immer mehr über Projektarbeit ganz gezielte Produkte gefördert werden und niemand möchte dafür bezahlen, dass jemand an einem Schreibtisch sitzt und administrative Aufgaben übernimmt. Niemand möchte dafür bezahlen, dass eine Geschäftsstelle einen Büroplatz braucht. Etwas, das für uns alle selbstverständlich ist. Und ich glaube, hier hat der Kanton die Möglichkeit zu sagen, okay, das ist etwas, das wir anerkennen. Weil wir als Kanton und die Stiftungen und die ganzen Unternehmen, die sponsoren sollen, die Ansprüche steigen und irgendjemand muss an einem Tisch sitzen und es möglich machen, dass die Kultur in der unterschiedlichsten Form, vom Jazz über Theater, über Film, über Hip-Hop etwas aufführen kann, das wir dann geniessen.

Ich verstehe, dass man gerne möchte, dass der Name da steht, wo man auftritt, dass das sichtbar wird, dieses Hip-Hop-Konzert, dass diese jungen Menschen so feiern, das ist das Konzert, das ich jetzt besuchen möchte und da soll darunter stehen, das ist von uns bezahlt. Ich verstehe das und darum glaube ich, der Kanton ist hier am richtigen Ort, in der richtigen Position, um mit so einer Anpassung eine Möglichkeit zu schaffen, diese Langfristigkeit ein bisschen zu gewährleisten. Ich habe deswegen ganz bewusst die Schwellen eingebaut in diese Motion. Es sollen wiederkehrende Festivals sein, es soll etwas ein bisschen Etablierteres sein. Es heisst auch nicht, dass etwas nicht mehr sterben darf, ich bin dafür, dass auch Festivals zugrunde gehen dürfen und etwas Neues entstehen kann, das ist wichtig für die Kultur

Aber ich glaube, eine solche langfristige Planung, wie das dann umgesetzt wird, wie das in den Modalitäten angepasst wird, da sehe ich, dass das Schwierigkeiten geben kann, auch für den Kanton, aber ich glaube, das ist eine Schraube, die wir stellen können. Damit finanziert der Kanton trotzdem ganz tolle und wichtige Kulturprojekte, aber macht es vielleicht auch möglich zu sagen, okay, wir zahlen Ihnen zwei Ausgaben. Weil wir haben das in den letzten Jahren immer so gemacht, auch wenn Sie nicht über 150'000 Franken von uns bekommen. Und mit dieser Sicherheit können diese Festivals dann vielleicht auch, wenn eine Stiftung abspringt, wenn ein Sponsoring abspringt, dieses Büro halten und diese Geschäftsstelle reduzieren, aber auf 20% halten, weil sie die Sicherheit haben, dass der Kanton diese nächste Ausgabe mitfinanziert und somit die Möglichkeit haben, dass auch eine Person diese Finanzlücken zu schliessen versucht, das Projekt am Leben zu erhalten versucht oder es möglich macht, das Ehrenamt so zu bündeln, dass ein Verein hinter diesem Festival sich ein neues Konzept überlegen kann.

In diesem Sinne bedanke ich mich jetzt schon für das zahlreiche Überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 16 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008333, 11.02.26 10:20:30]



Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben die Motion mit 77 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung überwiesen.

26. Anzug 1 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend kurzfristige Festhaltungen dokumentieren

[11.02.26 10:20:36, 25.5547.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

27. Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Massnahmen zur Senkung der Suizidversuche im Gefängnis Bässlergut

[11.02.26 10:21:06, 25.5548.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

28. Anzug 3 Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Überprüfung einer Neuausrichtung der Informatikmittelschule Basel

[11.02.26 10:21:37, 25.5549.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



29. Anzug 4 Claudio Miozzari für eine bikantonale Plattform Talentförderung in der Berufsbildung

[11.02.26 10:22:05, 25.5580.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Nun, ich nehme mal an, dass Sie ein wenig überrascht sind, weshalb die BastA diesen Anzug bestrittet. Gemäss «Chrüzlistich» wird der Anzug aber heute deutlich überwiesen werden, wir hätten also den Anzug einfach laufen lassen können. Aber es ist uns wichtig, unsere Kritik Ihnen kurz vorzubringen und deshalb bestritten wir nun diesen Anzug.

Die BastA hat nichts Grundsätzliches gegen eine Talentförderung in der Berufsbildung. Wir fördern diese ja bereits mit 85'000 Franken pro Jahr und auch wir haben dieser Ausgabenbewilligung im Januar vor einem Jahr zugestimmt. Nun will der Anzug diese Talent- und Exzellenzförderung weiter stärken und mittels einer Plattform zu mehr Sichtbarkeit verhelfen. Wir finden, der Gewerbeverband soll dies tun. Mit Hilfe der bereits bestehenden staatlichen Unterstützung kann er dies ja durchaus so umsetzen.

Also was sehen wir kritisch? Anstatt weiter die Talent- und Exzellenzförderung zu fördern, finden wir, es wäre auch mal an der Zeit, dass junge Menschen, denen es vielleicht nicht so einfach gelingt, eine Berufslehre zu absolvieren, diese sichtbarer zu machen und diese wie auch die Betriebe, die bewusst jungen Menschen mit Schwierigkeiten für eine Berufslehre einstellen, diese zu fördern. Es kann aus unserer Sicht nicht nur darum gehen, die Begabtesten der Lernenden zu fördern und sichtbar zu machen, weil eben nicht alle jungen Menschen die persönlichen und sozialen Voraussetzungen dafür haben, zu den Begabtesten zu zählen und trotzdem wichtig sind für die Berufsbildung in unserer Stadt.

Es ist uns wichtig, hier klar zum Ausdruck zu bringen, dass wir die Berufslehre nicht nur mit der Talentförderung stärken, sondern auch mit anderen Massnahmen, die aus unserer Sicht immer wieder mal vergessen gehen oder zu kurz kommen. Gerade wenn es um die Inklusion von jungen Menschen mit Behinderungen oder um jungen Menschen mit schulischen Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt geht, brauchen wir vielleicht eine andere Plattform und eine andere Förderung der Betriebe. Einen solchen Anzug würden wir gerne unterstützen, eine weitere Förderung der Berufsbildung im bisherigen Rahmen, also die Talentförderung, so muss ich sagen, sehen wir nicht als zwingend, da es die Berufslehre nicht in der Breite fördert, sondern vor allem eher an der Spitze.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat der Anzugsteller Claudio Miozzari.

Claudio Miozzari (SP): Ich bin eigentlich mit allem einverstanden, was Oliver Bolliger gesagt hat, ausser mit seinem Antrag, diesen Anzug nicht zu überweisen. Natürlich ist es so, dass diese Forderung jetzt nicht die ganzen Herausforderungen, die wir in der Berufsbildung haben, löst, dass eine Plattform, wie sie gefordert ist, aber wenn sie gut gemacht ist, trotzdem der ganzen Berufsbildung zugutekommt. Es geht auch darum, Perspektiven aufzuzeigen. Es müssen nicht alle, die eine Lehre machen, natürlich eine Talentförderung geniessen, aber es geht darum, wirklich zu zeigen, wie dieser Bereich funktioniert und ich danke Ihnen, wenn Sie den Anzug unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 5 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008338, 11.02.26 10:26:06]



Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 86 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

30. Anzug 5 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend irreführende Verwendung des Begriffs «Ranger» auf der Dreirosenanlage

[11.02.26 10:26:14, 25.5586.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Laetitia Block.

Laetitia Block (SVP): Dieser Vorstoss möchte die Bezeichnung des Ranger-Dienstes bei der Dreirosenanlage anpassen, weil er sachlich falsch sei und er suggerieren würde, es gehe um Naturschutz und dieses positive Image werde genützt. Doch schauen wir uns diesen Begriff doch einmal an, er kommt ja aus dem Englischen. Range, ein Bereich, ein Gebiet oder to range, durchstreifen, wandern oder eben von-bis reichen. Also die Sozialarbeiter auf der Dreirosenanlage tun genau das. Sie sind für ein Gebiet zuständig und sie durchstreifen dieses. Da ist also das Wort Streetworker, das im Vorstoss vorgeschlagen wird oder zumindest als alternativer Begriff verwendet wird, meines Erachtens doch eher irreführend, zumal die Anlage ja keine Street, keine Strasse ist.

Weiter stört sich der Anzugsteller daran, dass dieses positive Image des Begriffs genützt werde und hier suggeriert werde, es gehe um Naturschutz. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie meinen ja nicht aller Ernstes, dass irgendjemand irreführt wird, weil er meint, die Dreirosenanlage sei jetzt ein Naturschutzpark oder hier gehe es nur um Naturschutz. Also das ist ja hier tatsächlich einfach nicht der Fall.

Ich habe mir dann auch noch den Spass gemacht, die Berufsbezeichnung Ranger etwas zu recherchieren und zu schauen, was gibt es da sonst noch. Und da kann man schon sagen, neben diesen Parkrangers, die hier erwähnt werden, eine sehr grosse Berufsgattung wäre dann hier die US Army Ranger, also Special Forces, Spezialkräfte der Armee, die eine sehr grosse Gruppe darstellen. Es geht hier wohl dann weniger um Naturschutz oder Naturschutzparks. Dann gibt es die Law Enforcements Ranger, also spezialisierte Ranger mit Polizeiausbildung, auch bewaffnet, welche in den Parks die Gesetze, also hier geht es dann mehr um den Tierschutz, um die Sauberkeit, etc. durchsetzen. Es gibt die Forest Ranger, die den Waldschutz, Brandschutzprävention, aber auch Öffentlichkeitsarbeit tun und schliesslich musste ich etwas schmunzeln, gibt es dann die City Ranger. Was tun die, Aufsicht in Parks, Ordnungsdienst, also eigentlich exakt das, was die Ranger auf der Dreirosenanlage tun. Dieser Begriff ist also absolut der richtige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen wir doch bitte einfach mal die Sicherheitsthematik ernst, statt dass wir uns hier mit Wohlfühlvorstössen um die begriffliche Bezeichnung dieser Ranger, dieser Sozialarbeiter kümmern. Wenn wir hier mal in Basel und hier in diesem hohen Hause mal wirklich uns darum kümmern würden, Sicherheit herzustellen, auch auf dieser Anlage, und dies nicht immer verweigern würden, dann müssten wir hier auch nicht über so einen Rangerdienst und die Bezeichnung debattieren.

Die SVP lehnt diesen Anzug deshalb ab und bittet Sie, diesen nicht zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Auch die Fraktion BastA wird diesen Anzug nicht überweisen und wir haben uns schon auch ein wenig gefragt, ob für eine solche Fragestellung wirklich ein politischer Vorstoss notwendig ist. Der Rangerdienst im Landschaftspark Wiese bzw. in der Langen Erlen hat als Aufgabe, die Bevölkerung zu informieren und für die Besonderheiten der Natur zu sensibilisieren und bei Nutzungskonflikten zu vermitteln bzw. Verstösse festzustellen. Wir



finden dies eine sehr sinnvolle Aufgabe und haben uns immer dafür ausgesprochen, die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der Rangerdienst auf der Dreirosenmatte hat eine ähnliche Aufgabe. Zwar auf einem deutlich kleineren Grünraum und mit einem höheren Schwerpunkt auf mögliche Nutzungskonflikte anstelle der Förderung von Naturpädagogik. Littering, Lärmbelästigung und Nutzungskonflikte sind aber sowohl auf der Dreirosenanlage, wie es ja immer in den Medien und auch hier immer wieder mal zelebriert wird, aber auch in der Langen Erle eine Herausforderung, wie sich ja beispielsweise leider auch in der letzten Silvesternacht auch in der Langen Erle zeigte.

Nun soll also geprüft werden, ob der Rangerdienst der Stadtarbeit Elim auf der Dreirosenmatte anders benannt werden kann und die Verwaltung wird gebeten, auf eine korrekte Bezeichnung zu achten. Als Begründung wird unter anderem ins Feld geführt, dass der Rangerdienst im Landschaftspark Wiese aufgrund der unkorrekten Nennung irgendwie negativ beeinflusst wird. Wir sehen eine solche Diskussion als problematisch. Nur weil auf der Dreirosenmatte das Zielpublikum für die Interventionen des Rangerdienstes durch Medien und durchaus auch aufgrund realer Problemstellungen als eher randständig wahrgenommen wird, ist eine Namensdiskussion erneut ausgrenzend. Im Sinne, einen Ranger muss man sich schon verdienen. Mir ist klar, dass der Anzugsteller dies nicht beabsichtigt hat, nur schwingt dies halt irgendwie deutlich mit und deswegen wollen wir diesen Anzug so nicht überweisen.

Und vielleicht auch bezüglich der Namenskonstellation des Vorschlags wegen Streetworker Aufgrund der Aufgabenstellung des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage kann auch nicht von Streetworker gesprochen werden. Das ist nicht wegen der Strasse oder wegen dem Platz, sondern Streetworker oder Gassenarbeit, wie es früher geheissen hat, sind konsequent parteilich unterwegs und versuchen, mit einer akzeptierenden Haltung Beziehungen aufzubauen und leisten konkrete niederschwellige Unterstützung, um eine Verelendung zu mindern oder zu verhindern. Sie übernehmen nie ordnungspolitische Aufgaben. Das Team der Gassenarbeit Schwarzer Peter übernimmt am Bahnhof SBB ja auch keine ordnungspolitische Aufgabe. Wenn da etwas ist, dann muss die Polizei vorbeikommen und es ist nicht der Schwarzer Peter, der ordnungspolitisch eingreift.

Dies unterscheidet sich klar vom Auftrag des Rangerdienstes auf der Dreirosenanlage. Falls diese Ordnungsaufgabe auf der Dreirosenanlage nicht mehr gewünscht ist, dann kann durchaus über eine Namensänderung diskutiert werden. So lange muss halt auf die Unterschiedlichkeiten der beiden Rangerdienste hingewiesen und für die breite Öffentlichkeit nachvollziehbar kommuniziert werden. Wir denken, das geht auch ohne Namensänderung.

Aus diesen Gründen bestreiten wir und werden den Anzug nicht überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat der Anzugsteller Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Es geht mir tatsächlich in keiner Weise darum, die Arbeit des Personals auf der Dreirosenanlage irgendwie in Frage zu stellen. Deren Präsenz ist sinnvoll und trägt auch zur Stabilisierung der Situation bei und dass der Einsatz nun ganzjährig weitergeführt wird, ist eine gute und wichtige Sache. Es geht mir tatsächlich einzig um die Bezeichnung Ranger. Diese ist sachlich falsch und wird dennoch seit Jahren konsequent öffentlich verwendet. Der Beruf Rangerin oder Ranger steht, und da kann man schon in Amerika irgendwo vielleicht was anderes googeln, aber in der Schweiz und in Europa steht er für Naturschutz, Besuchendenlenkung und Umweltbildung. Und wir kennen das alle vom Landschaftspark Wiese, wo der Rangerdienst seit ein paar Jahren sehr erfolgreich wirkt.

Auf der Dreirosenanlage trifft allerdings nichts davon zu. Die Mitarbeitenden leisten wichtige Arbeit an einem sozialen Brennpunkt und ihre Arbeit ist im Bereich Sozialarbeit oder eben, ich habe Streetwork gesagt, ob das falsch ist, das kann man dann auch noch diskutieren, aber sicher nicht der Ranger-Tätigkeit zuzuordnen. Denn diese Tätigkeit bezeichnet ein klar umrissenes Berufsbild und der Berufsverband Swiss Rangers ist dabei, sich zu vernetzen in der Schweiz und europäisch und arbeitet an der Profilierung und steht auch kurz vor der eidgenössischen Berufsanerkennung. Und wenn jetzt nun eine beliebige Verwendung des Begriffs aufkommt, dann verwässert das dieses Berufsbild wieder und auch die dahinterstehende spezialisierte Ausbildung.

Man kann sagen, es ist vielleicht ein Wohlfühlvorstoss oder es ist nicht unbedingt nötig, ich habe das natürlich versucht, auf informellem Weg zu klären, sogar mehrfach, aber auch ergebnislos und deshalb greife ich nun zu diesem Anzug und bitte Sie, mich bei der Überweisung zu unterstützen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 17 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008340, 11.02.26 10:36:31]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 72 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen.

31. Anzug 6 Ivo Balmer und Konsorten zum Ausbau der statistischen Grundlagen im Bereich Wohnen

[11.02.26 10:36:39, 25.5587.01]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Man könnte beim Lesen dieses Anzugs fast glauben, der Basler Wohnungsmarkt sei ein dunkler Fleck auf der Landkarte, über den wir rein gar nichts wüssten. Doch das ist das Gegenteil. Unser Statistisches Amt leistet Pionierarbeit und das Portal data.bs.ch ist schweizweit ein Goldreferenz für Transparenz.

Die LDP lehnt diesen Anzug ab. Wir brauchen keine neue Datenbürokratie, die den Wohnungsmarkt noch weiter verlangsamt. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsproblem. Der Anzug fordert die Erhebung von Daten, die wir längst haben. Wer einen Blick in den Basler Quartieradar wirft, sieht dort bereits heute per Knopfdruck den Wohnflächenverbrauch pro Person, aktuell im kantonalen Durchschnitt bei rund 41,5 m². Wir wissen durch die jährliche Leerstandserhebung im Juni ganz genau, wo wir stehen. Die Quote liegt bei 1,1%. Wir wissen auch, dass die Knappheit vor allem bei 2- und 3-Zimmerwohnungen liegt. Wir kennen die Diagnose. Was uns fehlt, ist nicht der Fieberthermometer, sondern die Therapie und die heisst, bauen, nicht zählen.

Das GIS liefert bereits heute, was Sie fordern. Ein Blick in unser Geoportal MapBS zeigt die enorme Dichte an Informationen. Wir haben Layer zum Baujahr, zum Wohnanteil, zur Gebäudestruktur. Das Statistische Amt weist die Wohnungsbestände zudem bereits heute sehr präzise nach Eigentumskategorien aus. Wir wissen also genau, wie hoch der Anteil der Genossenschaften oder der institutionellen Investoren ist. Wer nun fordert, das Rad statistisch neu zu erfinden, produziert teure Doppelspurigkeit zum bestehenden digitalen Abbild unserer Stadt.

Besonders kritisch betrachten wir Punkt 6 des Anzugs, die systematische Erfassung des Wohnflächenverbrauchs bei jedem einzelnen Umbauprojekt. Das ist administrative Irrsinn. Wir belasten Bauherren und die Bauplanungsbehörden mit immer neuen Meldepflichten. Das ist ein Misstrauensvotum gegen jeden, der in dieser Stadt noch investieren will. Wir machen das Bauen dadurch nur noch komplizierter, teurer und langsamer.

Wir fordern nun auch noch, Angebotsmieten staatlich zu publizieren. Das ist ordnungspolitisch brandgefährlich. Inseratepreise sind keine Abschlussmieten, sondern Wunschpreise. Wenn der Staat diese Spitzenwerte regelmässig adelt und publiziert, treibt er die Erwartungshaltung auf dem Markt künstlich nach oben. Das ist psychologische Mietpreissteigerung durch die Statistik und das kann nicht in unserem Interesse sein.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Basel-Stadt lebt Open Data by Default. Die Rohdaten liegen auf dem Tisch. Wer forschen will, kann das heute schon tun. Wir brauchen keinen neuen Regierungsauftrag, der personelle Ressourcen bindet,



die wir für die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren viel dringender bräuchten. Hören wir auf, nach immer neuen statistischen Ausreden zu suchen, warum wir beim Bauen nicht vorankommen.

Die LDP-Fraktion lehnt diesen Anzug ab.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Daniel Gmür.

Daniel Gmür (SP): Ganz kurz, es gibt diverse Infos, die haben wir noch nicht, insbesondere im Mietzinsbereich. Die Unterscheidung zwischen Angebots- und Bestandsmieten, genau das hilft uns ja besser nachzuvollziehen und das hat sicher keinen preistreibenden Charakter. Die Angebotsmieten sind nämlich publiziert, die findet man auf Portalen. Nun, die SP geht davon aus, wenn wir in diesem Rat, in der Bevölkerung, in den Medien so viel über Wohnen und Wohnungsmarkt diskutieren, dann helfen uns Daten dabei, sicher ein bisschen sachdienlicher zu diskutieren und wie beim Wohnungsmarkt allgemein ist die SP auch bei der Diskussion dazu der Ansicht, dass Spekulation nicht zielführend ist und deswegen sind weitere statistische Daten sinnvoll und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Wie Sie dem «Chrüzlistich» entnehmen können, spricht sich die Fraktion Mitte-EVP für die Überweisung dieses Vorstosses aus. Dies entspricht einem allgemeinen Anliegen unserer Fraktion, nämlich der Versachlichung der kantonalen Wohnpolitik, die im Moment und schon länger stark polarisiert. Mit ihrer Initiative für einen vernünftigen Wohnschutz verfolgt die Mitte Basel-Stadt übrigens denselben pragmatischen Ansatz der Versachlichung. Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt die Überweisung also aus sachpolitischen Gründen. Gute Politik braucht gute Grundlagen, damit eine faktenbasierte Diskussion möglich wird.

Der Anzug verlangt keine neuen Regulierungen, sondern eine Überprüfung und Verbesserung der statistischen Basis im Bereich Wohnen und Mieten. Wenn wir über Mietpreise, Knappheit oder soziale Durchmischung sprechen, müssen wir wissen, wovon wir reden. Daten zu Bestands- und Angebotsmieten, zu Einkommensstrukturen oder zu Leerständen helfen, politische Massnahmen auf eine solide Grundlage zu stellen. Für eine Politik der Mitte, die Brücken bauen will, ist das essenziell.

Ein Anzug ist ein Prüfauftrag, nicht mehr und nicht weniger. Die Regierung erhält den Auftrag zu klären, wo Datenlücken bestehen und wie diese geschlossen werden könnten. Das ist subsidiär, massvoll und wahrt den Handlungsspielraum des Regierungsrats. Wir beschliessen keine Eingriffe in den Wohnungsmarkt, sondern schaffen die Voraussetzungen dafür, künftig differenzierter entscheiden zu können. Bessere statistische Daten helfen auch, gezieltere sozialpolitische Antworten zu entwickeln. Wer Unterstützung wirklich dort einsetzen will, wo sie nötig ist, braucht eine präzise Datengrundlage. Das entspricht auch dem Verständnis von Verantwortung in unserer Fraktion, nicht pauschal regulieren, sondern sorgfältig hinschauen.

Für uns ist zentral, dass diese zusätzliche statistische Aufgabe stellenneutral umgesetzt wird, also ohne Personalausbau. Falls Sie da skeptisch sind, vergleichen Sie am besten mal den Headcount des Statistischen Amtes Basel-Stadt mit jenem des Kantons Aargau zum Beispiel. Mehr Datenqualität bedeutet nicht automatisch mehr Verwaltung.

Zusammengefasst; die Überweisung dieses Anzugs bedeutet weder eine Vorfestlegung auf neue staatliche Eingriffe noch eine Abkehr vom Ziel eines funktionierenden Wohnungsmarkts. Sie bedeutet schlicht, dass wir uns als Parlament die nötigen Instrumente verschaffen, um künftige Entscheide faktenbasiert, verhältnismässig und effizient zu treffen, ohne Ausbau der Verwaltung. Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt deshalb die Überweisung.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Albietz, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Battaglia. Diese wird angenommen.

Olivier Battaglia (LDP): Daniel Albietz, eine kleine Frage, waren Sie schon mal auf Open Data und MapBS und haben Sie mal die Vielfalt angeschaut? Weil viele von den Sachen, die Sie erwähnt haben, sind schon bereits drin.

Daniel Albietz (Mitte-EVP): Um kurz zu antworten, ja, ich war schon dort und ich konnte angesichts der Daten nicht feststellen, ob Lücken bestehen, das ist die Aufgabe des Regierungsrats.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Schlusswort hat der Anzugsteller Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Olivier Battaglia, ich hoffe, ich kann Sie auch noch überzeugen, weshalb es diesen Anzug braucht. Vorneweg, ich glaube, es ist klar, heute diskutieren wir keinen ideologischen Vorstoss oder das, was ich Ihnen teilweise vorwerfe mit den Märkten und Sie umgekehrt mir, sondern ich glaube, wir diskutieren eine einfache Frage, wollen wir Wohnpolitik auf Basis von Fakten machen oder eben nicht. Und Wohnen ist so ein zentrales politisches Thema in diesem Kanton geworden. Die Mieten werden erhöht, die Krise verschärft sich. Sie sagen, es wird zu wenig gebaut, ich sage, die soziale Durchmischung gerät unter Druck. Und gleichzeitig hören wir dann bei diesen Debatten in diesem Rat immer wieder sehr klar die Behauptungen, ja, das Problem sei übertrieben, das Problem ist selbst gemacht, etc. oder ich sage, der Markt funktioniert nicht, also das ist auf beiden Seiten vorhanden.

Und ich kann Sie beruhigen oder alle, die diesen Vorstoss nicht überweisen wollen, also Daten verzerren jetzt definitiv den Markt nicht, also einfach, wenn Daten und Transparenz hergestellt ist. Und genau das möchte dieser Anzug, genau hier setzt er an. Und es ist nicht radikal, es ist nicht bürokratisch und es ist eben nicht ideologisch. Er verlangt schlicht, dass wir jetzt die statistischen Grundlagen nach 20 Jahren dem Gegebenen anpassen.

Und jetzt zum Inhaltlichen. Ich habe diese Punkte nicht einfach so erfunden, sondern ich habe im Vorfeld mehrere schriftliche Anfragen genau zu diesen statistischen Grundlagen gestellt und der Kanton konnte sie mir nicht beantworten, weil er gesagt hat, wir haben keinen gesetzlichen Auftrag, diese Daten, auch wenn sie vorliegen würden, in einer regelmässigen Form zu publizieren. Und deshalb geht es.

Kommen wir zum ersten Punkt, Bestands- und Angebotsmieten. Ich glaube, Angebotsmieten sind ganz wichtig, dass die staatlich publiziert werden. Wüest Partner, private Firmen machen das in der Schweiz. Das verstehe ich bis heute nicht, weshalb das die Privaten machen, der Staat aber hier dazu schweigt. Und dann würden wir nämlich sehen, was dort passiert und wie wir dann auch intervenieren könnten.

Mietpreise und Einkommen, ja, Leistbarkeit, immer ein Thema, wenn wir über Wohnen reden. Ich möchte diese Vergleichszahlen haben. BWO kann das, für Basel haben wir das differenziert nicht, ist einfach zu machen, BWO hat die Daten. Ich möchte, dass sie regelmässig veröffentlicht werden im Verhältnis für Basel-Stadt.

Gemeinnützig, nicht gemeinnützig, Kostenmiete, nicht Kostenmiete, ganz wichtig, zentraler Bestandteil unserer Kompromisse hier drin. Ich habe eine schriftliche Anfrage gestellt. Die Eigentümerkategorien sind nicht so aufgeschlüsselt. Die Mieten sind genossenschaftliche Mieten und keine gemeinnützigen Mieten und das ist ein Problem, konkret ein Problem.

Und dann, möblierte Wohnungen, Business Apartments, da ist noch ein anderer Anzug hängig. Da sind wir angewiesen auf externe Forschungen, die dieses Problem quantifizieren. Wir können Abschätzungen machen, das müssen wir machen, die einen Missstand anprangern. Der Bevölkerung ist das ein grosser Dorn im Auge. Ich möchte wissen, sind das 1'500 Wohnungen, sind das 2'000 Wohnungen oder sogar mehr. Und da finde ich, sind wir in der Pflicht, endlich nachzubessern, endlich die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und mindestens einfach mal die Grundlage liefern, dass wir dann Instrumente hier drin beschliessen können. Und das mache ich gerne auf Fakten und nicht auf Behauptungen und ich möchte nicht, dass das einfach immer in diesen halb Nebelblindflügen passiert.

Deshalb hoffe ich, dass wir das heute überweisen, dann kann das Statistische Amt arbeiten und unsere Debatten werden dann vielleicht auch inhaltlich ein bisschen zielführender, wenn wir über Wohnpolitik diskutieren. Ich diskutiere gerne mit Ihnen über Wohnpolitik und freue mich, wenn Sie diesen Anzug überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 30 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008342, 11.02.26 10:50:21]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben den Anzug mit 63 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

32. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“, Schreiben des RR

[11.02.26 10:50:28, 23.5534.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Wir kommen zur ersten Fraktionssprechenden, Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Eigentlich wollte ich mich nur bedanken, dass dieser Anzug erfüllt wurde und jetzt nutze ich doch die Gelegenheit, weil Regierungsrat Lukas Engelberger da ist. Es gibt einen Abschnitt in der Beantwortung des Anzugs, wo ich ein bisschen darüber gestolpert bin. Ich zitiere einfach kurz ein, zwei Sätze daraus. Da steht zum Beispiel: Sollten sowohl die Angebote der DIBS wie auch von Safer Dance erweitert werden, wären entsprechend mehr finanzielle wie auch personelle Mittel notwendig. Dann steht auch noch: Für eine nachhaltige Sicherung des Angebots wären die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Suchthilfe Schweiz entsprechend anzupassen. Zudem wären auch Schulungen und Workshops für Fachpersonen der Jugendhilfe sowohl für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die mit Jugendlichen zusammenarbeiten, zu fördern. Es ist Ihnen vielleicht aufgefallen, es gibt ein bisschen sehr viel «wären» in diesem Abschnitt drin und da bin ich wirklich darüber gestolpert. Ich denke, das Angebot ist sehr wichtig, das Angebot von Safer Dance und der DIBS und es ist eben auch wichtig für Jugendliche und ich bitte deshalb und ich appelliere an Regierungsrat Lukas Engelberger, hier wirklich dies auch in die Verhandlungen einfließen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

33. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen, Schreiben des RR

[11.02.26 10:52:45, 21.5497.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben



34. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Dolmetschende im Gesundheitswesen, Stellungnahme des RR

[11.02.26 10:53:13, 25.5297.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Der Regierungsrat teilt die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre, dass Verständigungsprobleme eine zentrale Herausforderung für die Chancengleichheit in der Gesundheitsversorgung darstellen. Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Problematik nicht allein über eine Finanzierungsregelung für Dolmetscherleistungen gelöst werden kann. Der Kanton Basel-Stadt erhebt derzeit den konkreten Bedarf an Dolmetscherleistungen mittels einer Befragung unter niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Erste Zwischenergebnisse zeigen ein vielschichtiges Bild. Zwar wird in Arztpraxen zum Teil ein Bedarf festgestellt, gleichzeitig greifen diese häufig auf pragmatische Alternativen zurück. Dies geschieht oftmals aus Zeitgründen, aufgrund der Kosten oder wegen der eingeschränkten Verfügbarkeit von professionellen Dolmetschenden.

Diese vorläufigen Erkenntnisse verdeutlichen, dass eine isolierte Finanzierungsregelung zu kurz greifen würde. Vielmehr bedarf es eines koordinierten Vorgehens, das strukturelle organisatorische und Kommunikationsaspekte einbezieht. Die laufende Erhebung schafft hierfür die notwendigen Grundlagen, um darauf aufbauend gezielte und wirksame Massnahmen entwickeln zu können. Das Gesundheitsdepartement wird gemeinsam mit dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie dem Präsidentsdepartement ein Massnahmenpaket für den ambulanten Bereich erarbeiten und dem Grossen Rat im Jahr 2027 einen entsprechenden Ausgabenbericht vorlegen. Auch Erfahrungen und Erkenntnisse aus anderen Gemeinwesen sollen und können bei der Ausarbeitung dieses Massnahmenpakets einbezogen werden.

Wir beantragen Ihnen aus diesen Überlegungen, den Vorstoss in der Form des Anzugs zu überweisen. Das ist offener und dafür spricht insbesondere auch, dass sich die Ausgangslage durch die sehr rasante Entwicklung und Verbreitung von digitalen Übersetzungslösungen gerade sehr schnell ändert. Diese Instrumente werden besser, sicherer, schneller, günstiger. Sie müssen auch in unserem Alltag in den Versorgungsstrukturen und den Angeboten des Kantons eingebunden werden und ich glaube, es ist angesichts dieser laufenden Entwicklung ratsam, jetzt das Feld offen zu halten und die etwas unverbindlichere Form der weiteren Beantwortung im Format Anzug zu wählen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zu den ersten Fraktionssprechenden. Für die Mitte-EVP Michael Graber.

Michael Graber (Mitte-EVP): Für die medizinische Behandlung einer Patientin und eines Patienten ist eine gute Verständigung mit dem medizinischen Fachpersonal von grösster Wichtigkeit. (Ein Aufnahmegerät wird abgespielt) Das war Finnisch. Leider gestaltet sich die Verständigung sehr schwierig, wenn man nicht die gleiche Sprache spricht. Die Fraktion Mitte-EVP unterstützt das Vorhaben, dass hier Möglichkeiten geschaffen werden sollen, um Sprachbarrieren zu überwinden. (Ein Aufnahmegerät wird abgespielt) Das war Koreanisch.

Ich lasse es jetzt bleiben mit der ständigen Übersetzung, weil das dauert jetzt relativ lange und ich halte mich kurz, allerdings ist hier eine Motion das falsche Instrument dafür. Es ist zu wenig flexibel und lässt keinen Spielraum, neuere Entwicklungen wie KI-gestützte Übersetzungen miteinzubeziehen. Uns in der Fraktion ist bewusst, dass KI-gestützte Übersetzungen kein Allheilmittel sind. Insbesondere die Frage des Datenschutzes ist problematisch und muss genau betrachtet werden. Nichtsdestotrotz ist es im Alltag ein hilfreiches Tool, das es wert ist, in Betrachtung miteinbezogen zu werden.

Wir von der Mitte-EVP unterstützen den Antrag der Regierung und empfehlen Ihnen, den Vorstoss «Dolmetschende im Gesundheitswesen» als Anzug zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ich habe mein Telefon jetzt nicht eingeschaltet. Ich hatte es eingeschaltet vor nicht allzu langer Zeit in Vietnam. Ich spreche kein Wort Vietnamesisch. Die Leute, die mich dort herumchauffiert haben und die ich besucht habe, zum Teil kein Wort Englisch, Französisch, Deutsch oder weiss der Himmel, was ich verstanden hätte. Ich habe solche Apps



praktisch getestet. Wenn ich eine Korrektur zu machen habe, dann an der Aussage von Regierungsrat Lukas Engelberger, dass diese Tools immer besser würden. Nein, sie sind schon saugut. Die Lösungen sind vorhanden, sie liegen auf dem Tisch.

Was wollen wir jetzt also mit dieser Motion noch erreichen? Zugegebenermassen, ich bin froh, dass ich nicht Dolmetscher bin. Der Dolmetscherberuf leidet unter der aktuellen Digitalisierung, das ist mir bewusst, aber ich glaube nicht, dass es der Zweck dieser Motion wäre, Strukturert für Dolmetscherinnen und Dolmetscher in unserem Kanton zu betreiben. So wie ich die Motion verstehe, geht es schlicht um die Kommunikation im Gesundheitswesen. Und dieses Thema ist weitgehend gelöst. Wenn Personen in die Schweiz kommen, die kein Wort Deutsch oder Englisch sprechen, dann werden die in grosser Zahl bereits solche Apps auf ihrem eigenen Handy haben. Weshalb brauchen wir jetzt hier noch einen Anzug bei einem Thema, das weitgehend gelöst ist, und wenn man das Gefühl hat, es braucht doch noch etwas mehr Lösungen, man mit minimalem Budget noch mehr erreichen kann.

Aus dieser Überlegung heraus schlägt Ihnen die SVP vor, diese Motion nicht zu überweisen, auch nicht als Anzug.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Ich werde dann noch später in meiner Rede zu den technischen Fortschritten unserer Gesellschaft sprechen, aber zuerst mal noch kurz, denn wir können es hier eigentlich wirklich kurz machen. Das Anliegen ist seit Jahren auf kantonaler wie auf Bundesebene ein Politikum und jetzt müssen aus meiner Sicht wirklich mal Pflöcke eingeschlagen werden, die dann auch irgendwie ein bisschen Wirkung erzeugen können.

Gerade im Gesundheitsbereich ist das interkulturelle Dolmetschen für eine gute Behandlungsqualität entscheidend und senkt somit auch Kosten. Und es ist ja nicht so, dass kein interkulturelles Dolmetschen im Gesundheitsbereich stattfindet, vieles ist vorhanden. Wenn wir aber die Finanzierung der Dienstleistungen nicht direkt beeinflussen wollen und mit zusätzlichen Massnahmen Klarheit schaffen, bleibt die gewünschte Wirkung aus, das tut dies schon seit Jahren. Das ewige Warten, ob auf nationaler Ebene eine einheitliche Finanzierung aufgegleist oder ob der TARMED, jetzt TARDOC, so angepasst werden kann, dass Dolmetschdienstleistungen vergütet werden können, laufen seit Jahren auf und ins Leere. Zudem würde ich eher davon abraten, das interkulturelle Dolmetschen über den Tarif oder als integralen Bestandteil einer Fallpauschale zu vergüten. Es braucht meines Erachtens ein unkompliziertes System von Auftragsstellung und Vergütung der Dienstleistung, dann kommt es auch wirklich zum Tragen.

Ich selbst habe in der Pandemiezeit den Ausländerdienst Baselland geleitet, dort hatten wir einen riesengrossen Dolmetschdienst, der auch dann wertvolle Arbeit geleistet hat, auch umgeschwenkt ist auf andere Formen wie Zoom-Dolmetschleistungen, etc. Es ist also von entscheidender Bedeutung, dass es einen Dolmetschdienst gibt.

Und jetzt diese lustige Spielerei mit dem Natel, ja, das war auch so, als die ersten ukrainischen Flüchtlinge in Pratteln dann angelaufen sind, hatten sie auch das Handy und wir haben versucht, mit diesem Tool die ersten Kontaktaufnahmen machen zu können, erste Klarheit schaffen zu können, aber eine Dolmetschleistung in einer Schule, eine Dolmetschdienstleistung in einem Gesundheitsbereich, wo es nicht darum geht, wie viele Milligramm Tabletten Sie jetzt vielleicht nehmen müssen, sondern es geht vielleicht auch darum, eine Diagnose, die allenfalls auch schwerwiegend sein kann, zu transportieren und da glaube ich, meine Damen und Herren, ist eine nur so technische Lösung nicht wirklich zielführend. Das kann sehr viel nützen, das kann auch in Zukunft vielleicht einzelne Dolmetschleistungen reduzieren, die man jetzt bisher face to face gemacht hat, aber das Grundsätzliche wird es nicht durch ein kaltes technisches Produkt ersetzen.

Die Menschlichkeit und auch die Übertragbarkeit von Emotionen können technische Dienstleistungen nicht garantieren. Ich glaube, alle Personen, die in einem Gesundheitsbereich arbeiten, im Sozialwesen arbeiten, aber auch in der Schule, die vor einer schwierigen Situation sind, wissen, dass eine Dolmetschdienstleistung, die vor Ort stattfinden kann, viel mehr auffangen kann als ein technisches Mittel. Also ich würde davon abraten, das als Allerheilmittel zu preisen. Der Regierungsrat bekräftigt ja in seiner Antwort auf die Erstüberweisung, dass das interkulturelle Dolmetschen im Gesundheitswesen behandlungsrelevant und entscheidend ist. Und auch, wie schon gesagt, braucht es aus meiner Sicht weiterhin ein professionelles Dolmetschen mit Personen und nicht nur mit Geräten.

In der Antwort wird auf den Schlussbericht einer Umfrage bei Hausärzten, Gynäkologinnen und Kinderarztpraxen verwiesen. Ebenso wird in der Antwort ein Massnahmenpaket skizziert, welches zum Tragen kommen und die Finanzierung mittels Pilotprojekt sichergestellt werden soll. Ja, die Motion verlangt ja nichts anderes, als dass das interkulturelle Dolmetschen in Spitälern sowie im ambulanten, hausärztlichen und psychotherapeutischen Bereich für die Zukunft sichergestellt werden soll. Das ist der Inhalt dieser Motion und dies ist eben entscheidend, ob bei Bedarf interkulturelles Dolmetschen zum Tragen kommt oder nicht. Bleibt die Finanzierung unklar und sind die Abläufe zu kompliziert, wird in der Praxis darauf verzichtet oder auf unprofessionelles Dolmetschen dann ausgewichen.



Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen. Einen Anzug haben wir vor fast genau sieben Jahren schon einmal dem Regierungsrat überwiesen und es ist dabei nichts Namhaftes entstanden. Nur mit einer Motion kommen wir dem Ziel einer guten Verständigung im Gesundheitswesen wirklich entscheidend näher, weil die Finanzierung dann geklärt ist. Besten Dank für die erneute Überweisung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Amiet. Diese wird angenommen.

Lorenz Amiet (SVP): Sie haben von schwierigen Diagnosen gesprochen. Glauben Sie nicht auch, dass eine präzise Diagnose viel mehr Wert hat als eine ungefähre Diagnose, weil man die Vokabeln nicht so genau kennt?

Oliver Bolliger (BastA): Eine präzise Diagnose ist sicher wertvoll. Ich gehe davon aus, dass interkulturelle Dolmetscher*innen das können und das entsprechend übersetzen können, für das sind sie ausgebildet.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Ich kann mich in vielen Punkten meinem Vorredner Oliver Bolliger anschliessen und auch der Regierungsrat schreibt ja in seiner Stellungnahme, dass er sich dieser Problematik bewusst ist und dass Herausforderungen und Probleme bezüglich der Kommunikation bestehen. Genau deshalb ist es für uns in der Fraktion nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Vorstoss abgeschwächt werden soll. Die Argumentation des Regierungsrats läuft im Kern darauf hinaus, dass weitere Abklärungen nötig seien und dass die Finanzierung alleine nicht ausreiche. Beides mag ja zutreffen, aber beides spricht nicht gegen eine Motion, sondern in unseren Augen gerade dafür. Denn eine Motion verlangt keine eindimensionale Lösung, sondern einen verbindlichen Auftrag, eine tragfähige Lösung vorzulegen und genau dieser verbindliche Schritt fehlt seit Jahren, obwohl die Thematik auf dem Tisch ist.

Der Handlungsbedarf ist längst erkannt. Es gibt Studien, es gibt Pilotprojekte, Befragungen, etc., die zeigen, dass Sprachbarrieren reale Risiken für Fehlbehandlungen und Mehrkosten darstellen. Der Regierungsrat weist gleichzeitig darauf hin, dass Befragungen im Gange sind und künftige Berichte dann vorgelegt werden sollen und skizziert bereits einen Massnahmenplan. In unseren Augen widerspricht dies aber nicht einem verbindlichen politischen Auftrag, der die Umsetzung verbindlich gestaltet. Das Argument, die Nutzung der Dolmetschdienste sei teilweise gering, bedeutet im Umkehrschluss nicht, dass es nicht nötig ist. Wenn Angebote organisatorisch schwierig, finanziell unsicher oder wenig bekannt sind, ist eine tiefe Nutzung kein Gegenargument, sondern eher ein Hinweis auf strukturelle Mängel.

Und hier möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, den der Regierungsrat ausführt, nämlich zum Einsatz von Dolmetschenden im ambulanten psychotherapeutischen Bereich, wo er besonders herausfordernd sei. Dies erstaunt nicht und ich bestreite das auch nicht, sondern es liegt für mich auf der Hand. Einerseits sind die Hürden, sich eine Therapeutin oder einen Therapeuten zu suchen, ohnehin gross. Sei es wegen dem eigenen Prozess, bis man an den Punkt gelangt ist, wo man findet, jetzt brauche ich Hilfe, oder weil man niemanden findet, und andererseits erhöht eben eine sprachliche Barriere genau diesen Prozess noch einmal zusätzlich. Auch dass Dolmetschende von Therapeut*innen als eine potenzielle Störung des therapeutischen Prozesses wahrgenommen werden, ist nachvollziehbar. Aber soll das nun heissen, dass Menschen auf diese Unterstützung verzichten sollen, wenn sie darauf angewiesen sind? Das denke ich nicht.

Und genau dies soll mit dieser Motion angegangen werden, nämlich dass das Angebot besteht, dass darauf zurückgegriffen werden kann und dass die Personen die Leistungen bekommen, die sie benötigen. In diesem Sinne verlangt die Motion nichts Unmögliches. Sie verlangt, dass der Regierungsrat die Voraussetzungen schafft, damit Verständigung im Gesundheitswesen nicht vom Zufall abhängt. Es geht um Patientensicherheit, Chancengleichheit und letztlich auch um ein effizientes Gesundheitssystem. Ich bitte Sie deshalb auch im Namen der Fraktion GRÜNE/jgb, den Vorstoss als Motion erneut zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion GLP ist Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Diese Motion greift ein berechtigtes Anliegen auf, das, denke ich, weitgehend nicht bestritten wird. Auch die Regierung anerkennt, dass es hier einen Missstand gibt und dass es für eine gute, adäquate Behandlung eine gute Kommunikation und Verständnis auf Seite des Patienten erforderlich ist. Wie dieses Problem langfristig gelöst werden sollte, das ist eine andere Frage, da habe ich möglicherweise auch schon bei der Erstüberweisung ein paar Sachen dazu gesagt.



Wenn man der Ansicht ist, dass es unabdingbar für eine medizinische Behandlung in unserem Verständnis ist, wie es vom KVG eben sichergestellt wird für alle, dann könnte man sich auch fragen, sollte es nicht auch eine KVG-pflichtige Leistung sein, das heisst letztendlich über die Krankenkassen finanziert werden. Das ist aber im Moment nicht der Fall, das ist auch nicht absehbar, dass das bald der Fall sein wird. Daher ist richtigerweise hier subsidiär quasi der Kanton in der Pflicht.

Für uns stellt sich jetzt als GLP nur die Frage, was ist richtig, das weiter als Motion zu verfolgen oder besser als Anzug, wie von der Regierung vorgeschlagen. Wir anerkennen und glauben der Regierung gerne, dass sie sich in die Richtung schon Bemühungen macht und würden auch vertrauen, dass sie das weitermachen würde, auch im Sinne eines Anzugs, aber wir sind der Ansicht, dass es hier richtig ist, das als Motion weiter zu behandeln, weil wir der Ansicht sind, dass es wirklich ein wichtiger Punkt ist und wir uns auch wirklich eine umfassende Lösung wünschen. Das heisst nicht, dass es eine sehr teure, gross angelegte Lösung sein muss, aber eine umfassende. Das heisst konkret, durchaus soll man KI-Möglichkeiten, die sich jetzt wirklich aufdrängen bei diesem Thema, natürlich mitdenken und versuchen, da eine gute Lösung zu finden, aber wir wollen da eine Lösung und auch eher schneller als langsam.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher für die Fraktion FDP ist Christian C. Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Wie Sie gesehen haben, ist die Fraktion FDP gegen die Motion und auch nicht unbedingt für den Anzug. Ja, es gibt Stimmen oder gab Stimmen innerhalb der FDP, die auch einen Anzug durchaus sehen. Ich habe schon bei der Erstüberweisung der Motion darauf hingewiesen, dass die Thematik, also einerseits die Anerkennung, dass da natürlich ein gutes Verständnis zwischen Leistungserbringer und potenziellen Patienten wichtig ist natürlich in der Gesundheit, das streiten wir nicht ab. Das Thema ist einfach, wer am Schluss die Verantwortung oder die Verpflichtung übernehmen muss, dass diese Kommunikation auch funktioniert. Ich habe damals das Beispiel gebracht, wenn ich im Ausland, ich bin relativ oft in Griechenland, dort ins Spital gehe, dann wartet dort nicht als erstes ein Dolmetscher auf mich, um mich quasi mit dem Arzt in Verbindung zu bringen, weil ich der griechischen Sprache nicht mächtig bin. Wir scheinen uns hier in der Schweiz verpflichtet zu sehen oder zu sein, sämtliche Sprachen sprechen zu müssen oder zumindest diese Dolmetscherdienste zur Verfügung zu stellen und das ist natürlich ein, wenn ich das sagen muss, wenn es am Schluss vom Kanton oder vom Staat getragen werden muss, diese finanziellen Aufwendungen, bisschen ein Luxusproblem.

Wie gesagt, die Vorstellung oder die Ideen, die auch gegebenenfalls seitens der Regierung im Rahmen eines Anzuges behandelt werden können, dafür gibt es durchaus Verständnis. Wir werden in der Tendenz wahrscheinlich eher die Motion wie auch den Anzug ablehnen, aber es gibt durchaus Stimmen bei uns, die sich gegebenenfalls für einen Anzug aussprechen werden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Sprecher ist Raoul I. Furlano für die LDP.

Raoul I. Furlano (LDP): Ich glaube, hier drin bestreitet nicht jemand die Bedeutung einer guten Kommunikation, die ich jeden Tag im Spital führe, da ich wirklich täglich mit Patienten zu tun habe. Das bestreitet ja wirklich niemand. Aber die Sprachbarrieren, die können wirklich ein Problem sein, das haben wir jetzt auch von vielen vernommen, die das jetzt schon gesagt haben. Die Frage ist aber nicht, ob Dolmetschen sinnvoll ist, sondern ob der Kanton Basel-Stadt als Kanton eine pauschale Finanzierung dieser Leistungen in den Spitälern, in den Praxen, in den Hausarztpraxen und auch in den Psychotherapien, Psychologien, überall, wo einfach Kommunikation medizinisch wichtig ist, ob das der Kanton übernehmen soll. Und da ist meine Antwort ganz klar nein, weil die Motion greift für mich sogar zu kurz. Sie ist systemfremd, so wie sie jetzt hier formuliert ist, finanziell und organisatorisch für mich einfach der falsche Weg. Ich will versuchen zu begründen, warum.

Erstens, es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche und sogar nationale Aufgabe, nicht kantonal. Die Finanzierung von medizinischen Leistungen, das hat auch ein Vorredner gesagt, ist eigentlich im KVG ganz klar geregelt. Und wenn wir jetzt anfangen, zusätzliche Leistungen ausserhalb dieses Systems kantonal zu finanzieren, dann machen wir einen Präzedenzfall. Heute sind es Dolmetschende, morgen sind es weitere Zusatzleistungen, die eigentlich in ein nationales Tarifsysteem hineingehören.

Zweitens, wir verlagern die Verantwortung von Leistungserbringern auf den Kanton. Die Kommunikation ist ein Kernbestandteil der ärztlichen Tätigkeit, glauben Sie mir. Ärztinnen und Ärzte und Institutionen sind sogar verpflichtet, es ist eine Pflicht, die wir haben, sicherzustellen, dass die Aufklärung auch verstanden wird. Das ist ganz wichtig und das ist jetzt kein Votum gegen Dolmetschende, die ich auch im Alltag wirklich erlebe. Aber gerade Herr Bolliger, der gesagt hat, wenn man eine Diagnose weitergibt, usw., ist es doch menschlich und es ist wichtig, dass der Mensch... Ja, wir haben sogar Dolmetschende gehabt, die plötzlich fehl am Platz Emotionen gezeigt haben, die angefangen haben zu weinen und der



Patient erschrickt, was ist denn jetzt passiert, und, und, und. Und da gebe ich recht, bei einem KI hat man vielleicht keine Gefühle, dafür ist es eine genaue, klare Platzierung und ich als Arzt wie auch Ärztinnen wie alle, wir sind verpflichtet, die Emotionen vielleicht auch mit einer Mimik, mit Herz, mit allem, was dazu gehört, weiterzugeben, ergänzend dazu. Das ist wichtig. Aber nicht ein Dolmetschender, der null Ahnung von Medizin hat, ich wage das jetzt einfach so zu sagen, häufig null Ahnung von Medizin hat und bei irgendeiner schwerwiegenden Diagnose, die er selber oder sie selber durchgeht, anfängt zu weinen und das auf den Patienten überträgt. Das finde ich dann ziemlich darüber und daneben, wie man heute sagt.

Dann wird die Kostenfrage verharmlost. Es wird suggeriert, dass sich die Leistungen von selbst amortisieren. Das ist eine Annahme, das ist keine gesicherte Finanzplanung. Wir sprechen von einem potenziell sehr grossen Kreis an Anspruchsberechtigten. Ich rede nicht nur von Flüchtlingen, die hierherkommen, Asylanten, Ukrainer, usw., ich rede auch von den Expats, die seit Jahren hier sind und kein Wort Deutsch reden. Selbstverständlich müssen wir mit ihnen Englisch reden, aber auch dort gibt es manchmal Ärztinnen und Ärzte, die das Englisch vielleicht nicht ganz perfektionieren, weil wir auch Gastärzte aus anderen Ländern haben, etc.

Fünftens, und das ist zentral, Integration bedeutet auch, die Landessprache zu lernen. Ich habe das gerade angedeutet mit den Expats. Das ist ganz wichtig. Wenn wir staatlich garantierte Dolmetscherleistung im gesamten Gesundheitswesen einführen, senden wir auch ein wenig ein falsches Signal. Wenn ich nach Amerika gehe und versuche dort, mich auf Baseldeutsch zu verständigen, versteht mich kein Mensch. Und ich habe vier Jahre dort gelebt, ich musste mich anpassen, auch die Gefühle und alles, was ich dort hatte, musste ich versuchen, in der Landessprache auszudrücken, sonst bin ich einfach nicht integriert, wie es viele heute leider auch nicht sind.

Und das letzte, wir haben es vom Regierungsrat gehört, es laufen Abklärungen hinsichtlich dieser Geschichte, was sehr wichtig ist, und wieso das jetzt hier mit einer Motion nochmal..., das verstehe ich nicht. Die LDP ist gegen die Motion, wir sind auch gegen einen Anzug, weil die Geschichten laufen schon und wir finden das relativ unnötig. Es hat gute Absichten, Amina Trevisan, ich unterstelle Ihnen keine Sekunde, dass das nicht gute Absichten sind, im Gegenteil, aber darf ich das einfach so als alter Mann sagen, gute Absichten alleine machen wirklich keine gute Politik.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Furlano, es gibt zwei Zwischenfragen. Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Ich habe zwar immer sehr Mühe mit der Aussage «gut gemeint, aber», aber das lassen wir jetzt tatsächlich hier mal weg. Ich bin inhaltlich natürlich nicht mit Ihnen einverstanden, was Sie jetzt hier eben gesagt haben, aber ich wollte Sie eigentlich fragen, ist Ihnen bewusst, dass das Bundesamt für Gesundheit dem Kanton den Ball zugespielt hat? Es ist kantonale Aufgabe, Dolmetschende zu finanzieren.

Raoul I. Furlano (LDP): Und genau das ist das Problem, das wir nicht nur in dieser Frage haben. Der Bund gibt es dem Kanton, der Kanton gibt es dem Bund. Ich schaue ein bisschen zurück hier auf unseren Gesundheitsdirektor, das ist ja häufig so der Fall, leider.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Zwischenfrage von Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Es tut mir leid, dass Sie so ein schlechtes Erlebnis haben mussten mit einem Dolmetschenden in Ihrem Gespräch. Ich gehe davon aus, dass das nicht jedes Mal so ist, da bin ich sogar davon überzeugt. Jetzt meine Frage, ich hätte eigentlich ganz viele, ich konzentriere mich jetzt auf die finanzielle. GWL-Leistungen sind ja auch kantonale Leistungen für Sachen, die der Bund oder das KVG nicht finanziert. Sehen Sie nicht auch die Möglichkeit, dass Dolmetschleistungen in Zukunft über eine Art und Weise der GWL finanziert werden können?

Raoul I. Furlano (LDP): Ja, das ist sicher eine Möglichkeit, nur ich sehe auch die Gesundheitskosten, die ständig steigen und die wir auch den Bürger und der Bürgerin aufopfern und wenn wir danach an dieser Schraube drehen, dann schrauben wir automatisch auch an den Gesundheitskosten, die steigen werden und das will ich nicht.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Amina Trevisan.



Amina Trevisan (SP): Als Kind sass ich im Wartezimmer nicht mit einem Malbuch, sondern mit Verantwortung. Ich begleitete meine italienischsprechende Mutter zu Ärztinnen und ins Spital als Dolmetscherin. Ich übersetzte Diagnosen, Ängste, Entscheidungen. Dinge, mit denen sich Kinder nicht befassen sollten. Diese Realität ist bis heute Alltag für viele Familien und sie ist der Grund, warum ich heute hier stehe als Politikerin, als Sozialwissenschaftlerin und als Frau mit Migrationsbiografie, die weiss, was fehlende Verständigung im Gesundheitswesen bedeutet.

Mit dieser Motion fordern wir den Regierungsrat auf, die Finanzierung von interkulturellen Dolmetschenden, wohlgemerkt professionelle, im Gesundheitswesen verbindlich zu regeln, im Spital und insbesondere im ambulanten, hausärztlichen und psychotherapeutischen Bereich. Wir schreiben kein Modell vor, auch digitale oder KI-gestützte Lösungen sind möglich, sofern Qualität und Datenschutz gewährleistet sind. Also Sie sind herzlich willkommen, auch mit KI zu arbeiten. Entscheidend ist, der Kanton übernimmt Verantwortung.

Seit über 30 Jahren befasse ich mich wissenschaftlich und beruflich mit Migration und Gesundheit und mit der Frage, wie gesundheitliche Chancengleichheit umgesetzt werden kann. Die Studienlage ist eindeutig, professionelle Dolmetschende verbessern die Qualität der Versorgung und senken mittel- und langfristig Kosten. Also hier gibt es ganz viele zahlreiche Studien, die dies belegen, weil weniger Fehlunter- und -übersorgung erfolgen.

Auch das Bundesamt für Gesundheit, ich habe es gesagt, hat dies über viele Jahre im Programm Migration und Gesundheit bestätigt und hält klar fest, die Verantwortung für die Finanzierung liegt bei den Kantonen. Trotzdem besteht im Kanton Basel-Stadt weiterhin eine Versorgungslücke, besonders im ambulanten Bereich, bei Hausärztinnen und in der Psychotherapie. Gerade dort, wo Vertrauen und Sprache zentral sind, fehlt oft genau das, Verständigung. Noch immer werden Laien zum Dolmetschen eingesetzt, Kinder, Angehörige, Reinigungspersonal. Das ist fachlich, rechtlich und ethisch problematisch und gefährdet die Patient*innensicherheit.

Wir haben den Anzugsweg mehrfach beschritten, ohne Wirkung. Genau deshalb liegt heute eine Motion vor, weil es jetzt Verbindlichkeit braucht. Ich anerkenne die Bemühungen des Regierungsrats, im ambulanten Bereich vorwärtszukommen und ein Massnahmenpaket sowie einen Ausgabenbericht auszuarbeiten. Leider reichen diese Schritte nicht aus. Die Finanzierung der Dolmetschkosten muss gesichert sein. Ohne geregelte Finanzierung bleiben Sensibilisierung und Koordination wirkungslos. Fachpersonen können Dolmetschende nicht einsetzen, wenn sie nicht wissen, wer bezahlt.

Was im Bericht zum Beispiel auch fehlt, ist der Hinweis auf die gut belegten mittel- und langfristigen Kosteneinsparungen durch Dolmetschende. Seit über 20 Jahren belegen die Studien des Bundesamts für Gesundheit, professionelle Dolmetschende sind unverzichtbar für gesundheitliche Chancengleichheit. Auch national und international, ich habe es schon gesagt, ist die Evidenz eindeutig. Sie verbessern die Versorgungsqualität, senken langfristig Kosten und kommen der ganzen Gesellschaft zugute, nicht nur migrierten Personen. Vor diesem Hintergrund ist die Basler Bedarfsanalyse von 2025 wissenschaftlich nicht haltbar, sie ist nicht repräsentativ, liefert keine neuen Erkenntnisse, selbst der Regierungsrat räumt das ein. Mit solchen Analysen wird Zeit verschwendet, statt endlich die notwendige Finanzierung sicherzustellen.

Besonders problematisch, ich nehme jetzt Bezug inhaltlich auf den Bericht, der mir vorgelegen ist, ist die Interpretation der Rückmeldungen von nur 23 Psychotherapeut*innen, wonach kein Bedarf bestehe, weil migrierte Personen keinen Zugang zur Psychotherapie fänden. Ja, genau das ist der Beweis des Problems. Ohne Dolmetschende ist Psychotherapie für viele schlicht nicht möglich. Und auch die Behauptung, Dolmetschende würde die therapeutische Beziehung stören, ist wissenschaftlich widerlegt. Ja, Behandlungen mit Dolmetschenden sind anspruchsvoller, aber der Nutzen ist enorm. Und ich wiederhole, wir sprechen hier von professionell ausgebildeten Dolmetschenden.

Nun, Sprachmittlung ist kein Luxus, sie ist eine Notwendigkeit, medizinisch, gesellschaftlich und volkswirtschaftlich. Gesundheitsversorgung ohne Verständigung ist keine echte Versorgung. Darum fordern wir, die Finanzierung von Dolmetschenden muss kantonal einheitlich und verbindlich geregelt werden. Ich danke Ihnen für die Überweisung der Motion, auch im Namen der migrantischen Community, der Forschenden und aller Fachpersonen im Gesundheitswesen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke Ihnen für die engagierte Debatte zu diesem wichtigen Thema und ich habe grossen Respekt vor den Erfahrungen des Unverstandenseins oder der Überforderungen von Betroffenen, so wie sie jetzt auch zuletzt geschildert worden sind. Wir nehmen das ernst, wir wollen aber daraus nicht die falschen Schlüsse ziehen.

Die technischen Hilfsmittel, die heute zur Verfügung stehen, garantieren die reine Übersetzungsarbeit. Ich glaube, wir sollten nicht mehr dieses Bild jetzt in die weiteren Debatten und politischen Arbeiten mitnehmen, dass Patientinnen und Patienten oder ihre Angehörigen eine Diagnose nicht verstehen oder sprachlich nicht in der Lage sind, die Behandelnden zu verstehen. Ich glaube, hier müssen wir ehrlich sein, die technischen Hilfsmittel, die zur Verfügung stehen und die immer besser und immer sicherer werden, die schliessen dieses Risiko praktisch aus und damit ist die reine Übersetzungsarbeit technisch



machbar. Das heisst nicht, dass sie emotionslos oder kalt oder anonym erfolgt. Wie das ja auch geschildert wurde, sind die Behandelnden dabei und sie müssen die emotionale Verbindung zu den Patientinnen und Patienten und den Angehörigen finden und das können sie auch, wenn sie sich eines technischen Hilfsmittels rein für die Übersetzung bedienen. Ich glaube, das gibt schon eine Verschiebung in der Diskussion und sollte uns auch noch einmal genauer analysieren lassen, wofür sehen wir uns genau in der Verantwortung, was sind wir genau der Auffassung, garantiert das KVG einem Patienten, einer Patientin oder den Angehörigen.

Und das Element dann interkulturell ist halt eine Zusatzdimension. Die ist sehr viel aufwendiger, das würde ich zugestehen, das kann die Technik heute nicht. Das bedeutet Beizug von weiteren geschulten Personen, die mehr sein müssen als reine Dolmetschende. Und da muss ich Ihnen sagen, sehe ich ein gewisses Risiko, deshalb bitte ich Sie, beim Anzug zu bleiben. Wenn Sie dafür per Motion uns einen Auftrag geben, dann schaffen wir neue Rechtsansprüche und wecken wir enorme Erwartungen. Wir können diese Erwartungen nicht einlösen, es ist unmöglich. Sie können nicht in einer Hausarztpraxis im Notfallbetrieb jede beliebige Sprache interkulturell im Dolmetschangebot führen. Es geht nicht, das können wir nicht leisten. Deshalb müssen wir uns irgendwo realistisch aufstellen und sagen, gut, was können wir leisten, worauf anerkennen wir einen Anspruch, wie können wir es einlösen, was ist ergänzend möglich, aber wir sollten nicht unrealistische Erwartungen und Ansprüche jetzt in den Raum stellen. Und ich befürchte ein bisschen, dass das entsteht. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, das sind dann für mich auch nicht gemeinwirtschaftliche Leistungen, das sind vielleicht individuelle Anspruchspositionen. Ich als Patient erwarte das, aber das ist nicht von allgemeinem Interesse.

Deshalb muss ich Ihnen sagen, kämpfe ich dann mit dieser Vorstellung, das in diesem breiten, umfassenden Sinn, wie es in der Debatte zum Vorschein gekommen ist, nun einlösen zu müssen, wenn Sie per Motion überweisen würden und deshalb stellen wir uns diesem wichtigen und anspruchsvollen Thema gern und engagiert in der Form des Anzugs.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Oliver Bolliger und weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen deshalb zur Eventualabstimmung.

Eventualabstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug. NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008346, 11.02.26 11:32:53]

Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 40 Ja-Stimmen gegen 53 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung für die Weiterbehandlung als Motion entschieden.

Lorenz Amiet und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen deshalb zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

53 Ja, 41 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008348, 11.02.26 11:33:50]

Der Grosse Rat beschliesst



die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 53 Ja-Stimmen gegen 41 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung für die Überweisung als Motion entschieden.

35. Anzug Sarah Wyss und Georg Mattmüller betreffend gesetzliche Verankerung der Betreuung, Schreiben des RR

[11.02.26 11:34:00, 21.5028.04]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

35.1. Anzug Jessica Brandenburger und Konsorten betreffend Unterstützungsbeiträge für Senior:innen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen, Schreiben des RR

[11.02.26 11:34:36, 22.5421.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin:

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

36. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Einhaltung des Luftreinhalteplans 2016: Stromanschlüsse für Schiffe im Basler Rheinhafen, Bericht des RR

[11.02.26 11:34:36, 21.5487.03]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben

37. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen, Schreiben des RR

[11.02.26 11:35:07, 23.5531.02]



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat hat das Wort. Er verzichtet. Als erster Fraktionssprechenden für die SP eingetragen hat sich Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Ich beantrage Ihnen im Namen der SP-Fraktion, der BastA und auch der GRÜNEN/jgb, diesen Anzug stehen zu lassen. Es geht mir hauptsächlich, oder um nicht sogar zu sagen ausschliesslich um die Frage 3, also um die gezielte Förderung von regenerativen Erdsonden.

Der Regierungsrat hält zu Recht fest, dass nicht alle Quartiere gleichermaßen betroffen sind, aber gerade jene Quartiere, die keine Fernwärme erhalten, die sind es eben schon. In einzelnen Strassenzügen werden Erdsonden heute dicht an dicht gebohrt. Wenn all diese Anlagen den gleichen paar Kubikmetern Untergrundwärme entziehen, besteht die reale Gefahr einer Auskühlung des Erdreichs. Je nachdem lässt sich nicht einmal die heute angenommene Lebensdauer von 50 Jahren erreichen. Ohne Regenerierung ist die nächste Diskussion über künftig verfügbare erneuerbare Energieträger nur eine Frage der Zeit.

In Neubauten ist eine Rückführung von Wärme heute Standard, in älteren Gebäuden hingegen nicht. Und ausgerechnet in Quartieren wie dem Neubad oder auf dem Bruderholz stehen viele solcher Liegenschaften. Dabei gäbe es spannende Ansätze, auch in bestehenden Gebäuden Sommerwärme zurück ins Erdreich zu leiten, zum Beispiel über Leitungen in der Dachisolation. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass das Thema Sondenregeneration von den meisten Installateuren nicht aktiv aufgegriffen wird und die Verantwortung faktisch bei den Eigentümerinnen und Eigentümern landet. Niemand weiss so richtig, was zu tun ist.

Der Regierungsrat stützt sich in seiner Antwort stark auf Normen und weniger auf eine systemische Betrachtung. Aus meiner Sicht garantiert das keinen langfristig sicheren Betrieb. Ich möchte nicht, dass wir in 20 oder 30 Jahren schon feststellen, dass der Untergrund grossflächig ausgekühlt ist und wir dann gezwungen sind, Erdsonden vorzeitig durch erneut subventionierte Luftwärmepumpen zu ersetzen oder anderes.

Ich komme zum Schluss, mit der Halbierung der Förderung für Wärmepumpen im Wärmegebiet bin ich sehr zufrieden, mit der Antwort auf Frage 1 kann ich ebenfalls leben, aber bei der Regeneration hätte ich gerne vertiefere Antworten und ein klares Konzept, wie Unterkühlung verhindert und aktive Regeneration gezielt gefördert werden kann. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug nicht abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

Felix Wehrli (SVP): Der Regierungsrat hat den Anzug von Jean-Luc Perret und Konsorten sorgfältig geprüft und kommt zu einem nachvollziehbaren und überzeugenden Schluss. Die bestehenden Förderinstrumente für erneuerbare Heizlösungen sind bereits wirkungsvoll ausgestaltet, werden regelmässig überprüft und bei Bedarf angepasst. Wir teilen das Anliegen, den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme weiter voranzubringen. Dieses Ziel wird jedoch nicht allein durch höhere Förderbeiträge erreicht, sondern durch verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und eine ausgewogene Verwendung der öffentlichen Mittel.

Genau das gewährleistet die heutige Förderpraxis. Der Regierungsrat zeigt auch auf, dass die Nachfrage nach Förderbeiträgen hoch ist und die eingesetzten Mittel eine klare Lenkungswirkung entfalten. Eine pauschale Anpassung der Beiträge zum jetzigen Zeitpunkt ist daher weder notwendig noch zielführend. Vielmehr gilt es, die laufenden Programme konsequent weiterzuführen und auf neue Entwicklungen flexibel zu reagieren.

Aus diesen Gründen ist der Anzug bereits erfüllt bzw. überholt. Die Fraktion der SVP wird der Haltung des Regierungsrats folgen und den Anzug abschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Das Wort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Der Regierungsrat beantragt Ihnen, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Dies aus folgenden Gründen. Die Hauptforderung des Vorstosses, die ist umgesetzt mit der Ordnungsänderung, die per 1. Januar 2025 in Kraft trat, nämlich dass die Förderbeiträge für dezentrale Heizungsanlagen innerhalb des Fernwärmegebietes halbiert werden. Dies, um die Fernwärmedichte zu erhöhen und auch nicht im gleichen Gebiet quasi Fernwärme gegen Erdbohrungen, beides zu subventionieren. Dass beides geschieht, das ist nicht sinnvoll. Das hat der Grosse Rat so in seinem Anzug formuliert und das trägt auch der Regierungsrat mit, dass da eine Anpassung notwendig war. Diese wurde vollzogen.



Bei der Frage nach den Lebenszykluskosten, dort richtet sich das System schon seit Jahrzehnten und auch der Bund hat seine Logik in der Investitionssumme. Die Lebenszykluskosten wären durchaus auch eine logische Möglichkeit, erschwert aber das Ganze, weil, wie wir alle wissen, die Energiepreise auch sehr stark volatil sind und man deshalb auch sehr stark mit reinen Annahmen arbeiten müsste über die zukünftige Entwicklung oder dann mit Anpassungen, wenn sich die Energiekosten, sei es Strom, sei es die Fernwärmepreise, wenn sich die verändern. Von dem her, aus diesem Grund möchte der Regierungsrat nicht die Systematik ändern und verbleibt auch in der Logik des Bundes bei der Orientierung an den Investitionskosten, das ja sehr erfolgreich ist und das bleibt so.

Bei uns ist ja die Hauptmotivation dieser Unterstützung auch nicht die Anreize, weil die Regulierung ist klar, man darf gar keine Erdgas- oder Erdölheizung mehr einbauen bei einem Ersatz. Es geht um eine Abfederung dieser Regulierung, so dass die Kosten nicht einfach auf die Hauseigentümer*innen übertragen werden, sondern quasi gesellschaftlich durchgetragen werden, weil wir alle ein hohes Interesse haben, dass wir unsere Klimaziele erreichen.

Der dritte Punkt, das ist auch, was den Anzugssteller dazu bewegt, nicht abzuschreiben. Ich möchte Ihnen gerne erklären, weshalb der Regierungsrat es nicht nötig findet, hier eine neue staatliche Subvention einzuführen. Ich denke, wir sollten bei neuen staatlichen Subventionen immer vorsichtig sein, wirklich überlegen, braucht es die, ist es sinnvoll und können die Privaten das nicht in Eigenverantwortung und selber tun und machen. Da sind wir der Meinung, regenerative Erdwärmesonden, das kann in vielen Situationen durchaus Sinn machen, hat sich auch bei grossen Liegenschaften und bei Neubauten sehr stark durchgesetzt, da ist es klar, da braucht es keine staatliche Intervention, da funktioniert das bestens.

Ich habe auch höheres Vertrauen in die Installateurinnen und Installateure als der Vorredner. Die Installateurinnen und Installateure wissen, wo es Sinn macht. Es ist auch eine Geschäftsoportunität, wenn man die regenerative Erdwärmesonden zusätzlich installieren kann. Von dem her, ich habe da hohes Vertrauen, dass die Installateurinnen und Installateure nahe sind an den technischen Möglichkeiten, an den Opportunitäten, an den Produktentwicklungen, die auf dem Markt geschehen. Und ja, die Verantwortung liegt schlussendlich bei den Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, nach Beratung durch die Heizungsinstallateure zu entscheiden, was sie verbauen möchten. Wir als Kanton stehen aber den Liegenschaftsbesitzerinnen und Liegenschaftsbesitzern beratend zur Seite, die Energieberatung des AUE Basel-Stadt steht kostenlos zur Verfügung, wenn man Fragen hat, welches System am sinnvollsten ist und auch ob ein regeneratives System Sinn macht.

Dann besteht eine technische Notwendigkeit für Regeneration nur in sehr wenigen Gebieten, weil in vielen Orten das kein Problem ist. Es gibt dort, wo sehr dicht gebohrt wird, dort gibt es die Notwendigkeit, aber wie gesagt, auf grosse Flächen gibt es diese Notwendigkeit nach heutigem Wissensstand nicht.

Dann gibt es auch für kleinere Liegenschaften, und wir sprechen ja vor allem von kleineren Liegenschaften, wenn wir dann in Einfamilienreihenhäusern sprechen, wo dann, ich sage mal, die Möglichkeit bestünde, dass man sehr nahe aneinander bohrt, dort gibt es mit den Luft-Wasser-Wärmepumpen sehr gute technische Lösungen, die sehr gut geeignet sind, das Haus zu wärmen und zu heizen und man nicht zwingend bohren muss, sondern die Hauseigentümerin und Hauseigentümer sich da für eine Luftwärmepumpe entscheiden können. Es gibt dann auch noch weitere Vorsorgemöglichkeiten, die man als Hauseigentümer treffen kann, indem man zum Beispiel noch ein bisschen tiefer bohrt, um eine grössere Sicherheitsmarge zu erlangen, indem man sicher auch schaut, wo ist die nächste schon bestehende Nutzung der Erdwärme und so auch Schnittstellen schon installiert für eine spätere Einbindung von externen Wärmequellen. Da gibt es diverse Möglichkeiten, die auch günstiger sind, um diesem Problem entgegenzuwirken.

Von dem her, wir sehen als Regierungsrat hier keine Notwendigkeit, eine zusätzliche Subvention oder Förderung zu installieren und deshalb möchte ich Sie im Namen des Regierungsrats bitten, diesen Anzug abzuschreiben.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008353, 11.02.26 11:45:50]

Der Grosse Rat beschliesst



den Anzug stehen zu lassen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben mit 44 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung den Anzug stehen gelassen.

38. Interpellation Nr. 125 Eric Weber betreffend Begutachtung von «missliebigen» Bürgern durch den Staat, Schreiben des RR

[11.02.26 11:46:02, 25.5528.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht lange reden, aber ich muss jetzt doch reden, sonst gibt es keine Nachmittagssitzung. Das würde Ihnen fehlen, 200 Franken. Und darum muss ich jetzt als Grossrat und Parteipräsident die volle Redezeit nutzen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, sprechen Sie bitte zur Sache.

Eric Weber (Fraktionslos): Es ist ja so, es geht um Begutachtung und ich kann jetzt schon mal sagen, ich bin mit dieser Antwort nicht zufrieden. Bitte fürs Protokoll, Eric Weber ist mit dieser Antwort nicht zufrieden und ich begründe gerne. Wortwörtlich schreibt die Regierung: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt – und jetzt müssen Sie aufpassen, es steht hier, Sie können es nachlesen, ich hatte das noch nie in 42 Jahren Grossrat – Conradin Cramer und Frau Barbara Schüpbach-Guggenbühl schreiben, wir beantworten diese Interpellation wie folgt. Ich habe gedacht, ich lese nicht richtig als Journalist und Grossrat. Dann kommt der Text: 1. Wie viele Begutachtungen gab es in den letzten fünf Jahren? 2. Von wem wurden die Begutachtungen beantragt? 3. Wie kann man sich gegen eine Begutachtung wehren? Das schreibt die Regierung. 4. Was sind mögliche Gründe für Begutachtungen? Bitte ein paar Beispiele nennen. Und der letzte Punkt, 5. Was sind die Folgen einer Begutachtung? Kann ein Bürger dann von seinen politischen Rechten ausgeschlossen werden?

Die Regierung hat quasi meine fünf Fragen abgeschrieben und das als Antwort gegeben und da muss ich sagen, muss ich die Interpellation nochmal neu einreichen und die Antwort fehlt, ich bin nicht blöd. Eine Begutachtung von Menschen kann nur die Staatsanwaltschaft machen. Das hätte auch der Anwalt Sutter sagen können, nur die Staatsanwaltschaft Basel darf sagen, diese und diese Person wird begutachtet, ja oder nein, was hat die Person für ein Problem. Und das wurde nicht beantwortet. Nur die Staatsanwaltschaft kann bestimmen, ob es eine Begutachtung gibt. Und ich muss einfach sagen, meine Fragen einfach abzuschreiben, finde ich nicht toll und dann die Antwort ist: Die Interpellation ist dahingehend zu verstehen, dass es um Begutachtungen im Zusammenhang mit dem aktiven und passiven Wahlrecht geht. Der Staat macht in diesem Zusammenhang keine Begutachtungen.

Ich bin kein Jurist und ich würde mich freuen, wenn mir ein Jurist wie Herr Jenny oder Herr Sutter das erklären könnten. Ich weiss nur als Journalist und Grossrat, der sehr viel recherchiert, dass die Staatsanwaltschaft, und die Staatsanwaltschaft ist ja der Staat, sagen kann, wir machen eine Begutachtung. Und ich werde das nochmal neu einreichen. Es gibt die Fälle in Basel, wo die Staatsanwaltschaft einfach kommt und sagt, wir nehmen diesem Mann oder wir nehmen dieser Frau die Möglichkeit, dass er nicht mehr hier vorne im Grossen Rat reden darf. Diese Fälle gibt es und diese Leute sind registriert und die dürfen dann scheinbar nicht kandidieren für den Grossen Rat oder für den Regierungsrat, weil es heisst, die haben das und das verzapft. Und hier bin ich mit dieser Antwort nicht einverstanden und ich werde hier nochmal die Interpellation abgeben und werde schreiben, ich möchte wissen, wie viele Fälle von Begutachtungen gibt es bei der Staatsanwaltschaft Basel. Und da kann man mir nicht sagen, wir wissen das nicht. Also ich bin vollkommen unzufrieden.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



39. Interpellation Nr. 128 Michael Hug betreffend Beschäftigungslage im Kanton Basel-Stadt, Schreiben des RR

[11.02.26 11:51:40, 25.5534.02]

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Die Antwort wurde dem Interpellanten schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat mir mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist.

Ich habe zwischenzeitlich einen Ordnungsantrag bekommen von Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich beantrage, dass wir die Nachmittagssitzung heute ausfallen lassen. Dies, weil wir keine dringenden Geschäfte mehr haben, dass basierend auf der Zeitschätzung des Ratsbüros wir nur ungefähr 1.45 Stunde brauchen würden und weil es deshalb aus sitzungswirtschaftlicher Sicht keinen Sinn macht, die Sitzung anzusetzen. Lieber wir haben eine Sitzung, bei der Traktanden übrigbleiben, wie das jetzt heute Morgen der Fall wäre, und füllen so einen ganzen Nachmittag, weil das Sitzungsgeld nicht proportional gekürzt wird, wenn wir früher fertig sind. Und wenn wir die Nachmittagssitzung nicht haben, dann haben wir jetzt auch noch die Gelegenheit, irgendetwas anderes zu machen, bevor wir dann heute Abend ans Fest gehen für die, die dabei sein werden, anstatt eine kurze zerquetschte Pause dazwischen. Deswegen bitte ich Sie, diesem Ordnungsantrag zuzustimmen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einen Gegenantrag stellen, Frau von Falkenstein, wir haben dann Zeit, um das zu diskutieren. Es sind noch verschiedene Interpellationsbeantwortungen, die seit drei Monaten warten.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herr Weber, Sie brauchen keinen Gegenantrag zu stellen, weil der Antrag ist von Frau von Falkenstein, dass wir keine Sitzung machen. Wir hätten eine Sitzung, entsprechend brauchen Sie keinen Antrag zu stellen.

Eric Weber (Fraktionslos): Aber darf ich noch begründen?

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Nein, brauchen Sie nicht, besten Dank.

Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

Wer die Nachmittagssitzung absagen will, stimmt JA, wer sie nicht absagen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 28 Nein, 17 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008356, 11.02.26 11:54:58]

Der Grosse Rat beschliesst

die Nachmittagssitzung abzusagen.



Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Sie haben sich mit 41 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 17 Enthaltungen dafür entschieden, dass wir heute Nachmittag keine Sitzung haben.

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit habe ich noch folgende Mitteilung an Sie zu machen:

Letzte Sitzung von Erich Bucher

Heute hat Erich Bucher seine letzte Sitzung im Grossen Rat. Erich Bucher war seit dem 1. September 2013 Mitglied des Grossen Rates und war Mitglied in der PUK Biozentrum, der Disziplinarkommission und der GSK. Aktuell ist Erich Bucher noch Mitglied der Regiokommission, der Delegation Districtrat und der Delegation IPK FHNW. Zudem ist Erich Bucher Mitglied der GPK, in welcher er auch das Amt des Vizepräsidenten ausübt. Ich möchte Erich Bucher im Namen des Grossen Rates ganz herzlich für die dem Kanton geleisteten Dienste danken. [Applaus]

Das Wort hat Erich Bucher:

Frau Präsidentin, Herr Statthalter, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörende, herzlichen Dank für diesen wunderbaren Applaus. Ich habe ein paar sensationelle 13 Jahre hier drin erleben dürfen, hatte viele interessante Gespräche und habe spannende Sachen erlebt. Ab und zu waren wir uns einig, ab und zu auch nicht, aber das ist gut so. Jetzt, nachdem ich mit 15 Jahren angefangen habe zu arbeiten, immer berufstätig war, gehe ich mit fast 75 Jahre in die Pension. Ich glaube, ich habe es in der Zwischenzeit verdient.

Ich wünsche Ihnen hier allen wunderbare weitere heisse und interessante Diskussionen. Tschau zusammen.

Gianna Hablützel-Bürki, Grossratspräsidentin: Herzlichen Dank und alles Gute.

Meine letzte Mitteilung für heute:

Präsidiumsfeier

Ich freue mich sehr, Sie heute Abend im Landgasthof in Riehen begrüssen zu dürfen und erinnere Sie daran, dass die Türöffnung ab 18.15 Uhr sein wird.

Schluss der 3. Sitzung

11:58 Uhr